

Dieses **unfertige** Manuskript (Stand August 2001) war Teil eines unvollendeten Buchprojektes über „Theorie(n)“ und „Methoden“ im Feld der „Internationalen Beziehungen“, an dem Lars-Erik Cedermann, Christopher Daase, Gunther Hellmann, Peter Mayer und Frank Schimmelfennig beteiligt waren. Es sollte als Einstiegskapitel dienen. Auch wenn das Projekt nicht realisiert wurde, sind andere Teile in anderer Form veröffentlicht worden.¹

Strategien der Problemformulierung

Gunther Hellmann

- 1 Wissenschaft als Problemlösen
- 2 Strategien der Problemfindung
 - .1 Skandal
 - .2 Neuheit
 - .3 Rätsel
 - .4 Theoriekonkurrenz
 - .5 Theoriedefekt
 - .6 Theoriemißbrauch / Ideologiekritik
- 3 Zusammenfassung: Entscheidungsmöglichkeiten und Entscheidungsnotwendigkeiten im Prozeß der Problemformulierung und Problemlösung

1. Wissenschaft als Problemlösen

Wissenschaft könnte man als geordnetes Wissen übersetzen. Wissen zu erwerben ist unter anderem deshalb erstrebenswert, weil es unsere Handlungskompetenz steigert. Derartige einfache Umschreibungen von Wissen und Wissenschaft können wahrscheinlich viele teilen. Daß Wissenschaft nichts anderes sei als die Ordnung von Kenntnissen aller Art, bedeutet jedoch noch nicht, daß sich auch Einigkeit herstellen

¹ Vgl. etwa Christopher Daase, Petra Stykow, Janet MacKenzie und Monika Moosauer, Politikwissenschaftliche Arbeitstechniken, UTB, 2009; Frank Schimmelfennig, Internationale Politik, UTB 2008.

ließe, wie Kenntnisse zu ordnen sind oder *was* als Kenntnis anzuerkennen ist. Für die einen ist Wissenschaft beispielsweise “nichts anderes als *geschulter und geordneter gesunder Menschenverstand*” (Huxley 1971(1854): 53, Hervorhebung im Original). Andere sehen hingegen den Kern von Wissenschaft gerade darin, “daß ihr das konventionell Selbstverständliche zum *Problem* wird” (Weber 1973: 266).

Wie unterschiedlich die Beschreibung der Aufgaben von Wissenschaft auch sein mag, offensichtlich wird hier in beiden Positionen die Auffassung vertreten, daß es sinnvoll ist, eine Unterscheidung vorzunehmen zwischen unterschiedlichen *Arten des Wissens*: ganz allgemein zwischen “praktischem” und “theoretischem” Wissen; spezifischer, etwa, zwischen “Alltagswissen”, “Bildungs-” oder “Orientierungswissen” und “Expertenwissen” bzw. “theoretischem” Wissen;² oder aber zwischen “Primär-”, “Jedermanns-”, “Allerwelts-” oder “Rezeptwissen” und “Spezialwissen”.³ Hinter derartigen Unterscheidungen verbergen sich nicht nur jahrhundertealte Debatten darüber, wie Wissen (oder “Wissenschaft” oder “Wissenschaftlichkeit”) zu definieren sei, sondern sehr viel grundlegender auch darüber ob bzw. wie eine Trennlinie gezogen werden könne, zwischen “bloßer Meinung” oder “bloßem Glauben” auf der einen Seite und “Wissen” auf der anderen Seite (--> Ontologie, Epistemologie).⁴ Diejenigen, die diese Trennung für möglich und/oder sinnvoll erachten, argumentieren, daß eine Überzeugung oder ein Glaube, um als Wissen gelten zu können, sowohl *wahr* als auch *gut begründet* sein muß. Daher sprechen sie von Wissen auch häufig in knapper Form als *gerechtfertigtem Glaube*. Die Definitionen von “Wahrheit” gehen allerdings weit auseinander. Grob gesprochen definieren die einen Wahrheit als Übereinstimmung mit der Wirklichkeit, während die anderen Kohärenz, d.h. die Paßfähigkeit einer Aussage im Rahmen einer umfassenden Gesamtheit von Annahmen und Aussagen in den Mittelpunkt rücken.⁵ Auch für das, was als gute Begründung gelten kann, gibt es nach dieser Auffassung bestimmte Kriterien. Diese

²Vgl. hierzu und zu den damit zusammenhängenden Unterscheidungen unterschiedlicher “Sprachen” Habermas 1994(1977).

³Vgl. hierzu Berger/Luckmann 1980(1966): 16, 26-27, 44, 70, 86, 149.

⁴Gute Überblicke aus unterschiedlichen erkenntnistheoretischen Blickwinkeln geben Follesdal/Walloe/Elster 1988; Musgrave 1989; Radnitzky 1989; Dancy 1995; Davidson 1990(1987).

liefert insbesondere die Logik als “Lehre von den gültigen Argumenten” (Follesdal/Walloe/Elster 1988: 244). Ihr Gegenstand ist die korrekte Beziehung zwischen Annahmen (oder Prämissen) auf der einen und Schlüssen (Konklusionen) auf der anderen Seite (wobei die *Wahrheit* der Annahmen in diesem Zusammenhang irrelevant ist).⁶

Dem gegenüber argumentieren andere, daß eine derartige Trennung zwischen Wissenschaft und Nicht-Wissenschaft schwerlich möglich sei, weil unser Wissen “ein großes System” bildet und “das Einzelne den Wert, den wir ihm beilegen” nur “in” diesem System hat (Wittgenstein 1997b: §410). Die Verknüpfung des Wahrheitsbegriffs und einer formal-logischen Begründungsstrategie mit dem Begriff des Wissens erscheinen aus diesem Blickwinkel problematisch, weil die Zuschreibung von Wahrheit und die Akzeptanz “guter Gründe” immer abhängig sind von unserem jeweiligen (kognitiven) Bezugssystem, d.h. unseren jeweiligen “Weltbildern”. “Alle Prüfung, alles Bekräftigen und Entkräften einer Annahme geschieht schon innerhalb eines Systems. (...) Das System ist nicht so sehr der Ausgangspunkt, als das Lebelement der Argumente” (Wittgenstein 1997b: §105). Da diese Weltbilder als *Systeme* von Überzeugungen sowohl untereinander häufig unvereinbar als auch für sich genommen jeweils unhintergebar sind, wird es unweigerlich vorkommen, daß Gründe, die zur Rechtfertigung eines bestimmten Geltungsanspruches angeführt werden, von dem einen akzeptiert, von dem anderen hingegen verworfen werden. Damit wird allerdings nicht geleugnet, daß es Wissen gibt. Im Gegenteil, dadurch, daß das System der Überzeugung *als System anerkannt* wird, stellt sich ein (vermeintlich grundsätzliches) *Problem* des Wissens nicht mehr. “Das Wissen gründet sich am Schluß auf der Anerkennung” (Wittgenstein, 1997b: §378). Es ist dann, wie in anderen Lebensbereichen auch, nichts anderes als “ein Lob, das man den Überzeugungen spendet, die man für derart gerechtfertigt hält, daß eine weitere Rechtfertigung zur Zeit nicht vonnöten” erscheint (Rorty 1988(1986): 17).

Unabhängig davon, ob sie eine Unterscheidung zwischen Wissenschaft und Nicht-

⁵Vgl. Follesdal/Walloe/Elster 1988: 31-44.

⁶Vgl. neben Follesdal/Walloe/Elster 1988: 244-292 vor allem Salmon 1983(1973).

Wissenschaft für möglich und nützlich erachten und welchen Status sie Wissen jeweils zuschreiben, würden Vertreter beider Sichtweisen (eingedenk ihrer jeweils unterschiedlichen Begrifflichkeiten) argumentieren, daß Wissen erstrebenswert ist und wir es auch erlangen können. Die sich unmittelbar anschließende Frage ist die, auf welchem Wege wir solches Wissen erlangen können -- und wie wir *wissen können*, daß es sich dabei tatsächlich um Wissen handelt. Die allgemeinste und häufigste Form einer Antwort auf diese Frage besteht darin, auf *regelgeleitete, intersubjektiv nachprüfbare Verfahren* oder "Methoden" zu verweisen. Für die einen verbindet sich damit die Vorstellung von einer spezifisch "wissenschaftlichen Methode", die Regeln bereit hält, die "eine optimale Gewähr dafür bieten, daß die erschlossenen Konklusionen auch wirklich wahr sind" (Follesdal/Walloe/Elster 1988: 350-351). Für andere bedeutet "methodisches" Vorgehen "in einem gegebenen Untersuchungsbereich einfach rational zu verfahren", d.h. "die gängigen Konventionen des Faches zu beachten, die Daten nicht *allzu sehr* zu frisieren, die Schlußfolgerungen durch die eigenen Hoffnungen und Befürchtungen nicht beeinflussen zu lassen (...), offen zu sein gegenüber Widerlegungen durch (neue) Erfahrung und den Fortgang der Untersuchung nicht zu blockieren" (Rorty 1982: 194-195). Solche unterschiedliche Verständnisse dessen, was angemessene Verfahren zur Erlangung von Wissens sein könnten, stehen im Mittelpunkt dieses Bandes. In Kapitel 4 werden wir darüber hinaus spezifische Methoden im engeren Sinne vorstellen.

Am Anfang eines Forschungsprozesses zur Erlangung von Wissen steht immer ein Problem und zu "guter Wissenschaft" kommt es auch nur dort, "wo Probleme aufgegriffen werden, die sowohl wichtig – sei es für unser praktisches Leben, sei es für die Weiterentwicklung der Wissenschaften selbst – als auch schwierig sind" (Follesdal/Walloe/Elster 1988: 360). Was aber ist ein *Problem*? Für die einen sind Probleme "Gegebenheiten, 'Vor-Würfe', die entweder praktisch oder theoretisch oder auf beide Weisen zugleich anzugehen und zu bewältigen sind" (Diemer/Seiffert 1989: 391). "Gegeben" sind sie insofern, als bestimmte wahrnehmungsstrukturierende (vor-) theoretische Rahmenparameter als unproblematisch unterstellt werden, d.h. ihrerseits

nicht weiter problematisierungsbedürftig erscheinen.⁷ Für andere hingegen stellen Probleme eher ein ungeordnetes und unübersichtliches Feld dar, von dem wir nur sagen können, daß wir einen inneren Antrieb verspüren, eine gewisse Ordnung herzustellen und einen Überblick zu gewinnen. Für seinen Gegenstandsbereich, die Philosophie, sagt etwa Wittgenstein: "Ein philosophisches Problem hat die Form: 'Ich kenne mich nicht aus'".⁸ Probleme in diesem Sinne sind nicht einfach "gegeben", so daß wir sie nur noch zu "lösen" brauchen.

Wenn man daher das Verhältnis zwischen Sprache (bzw. Denken) auf der einen und Welt (bzw. Welterschließung) auf der anderen Seite als den Kern des Problems der Erkenntnis *und* des Handelns begreift (--> Sprache, Realität), dann kann man sagen, daß Probleme genauso *gefunden* wie *erfunden* werden, daß sie *sich stellen* und daß sie *gemacht* werden. Etwas zu einem Problem zu erklären, bedeutet in diesem Sinne, daß wir eine auflösungsbedürftige Spannung wahrnehmen zwischen unserem Denken und/oder Handeln auf der einen Seite und der Welt auf der anderen Seite. Strittig ist dabei zumeist nicht nur, ob überhaupt ein Problem wahrzunehmen ist. Vielmehr ist es selbst dann, wenn der spannungsgeladene Charakter zwischen Denken/Handeln und Welt in einem Problemfeld eingeräumt wird, umstritten, wie das Problematische des Problems genauer zu beschreiben ist, d.h. worin das "sich Nicht-Auskennen" genau besteht und wie (auf welchem Wege bzw. mit welchen Verfahren) die konstatierte Spannung aufgelöst werden könnte, bzw. wir uns auskennen lernen.

Derartige Schwierigkeiten stecken hinter der Formulierung des Titels dieses Abschnitts, demzufolge *Wissenschaft als Problemlösen* zu begreifen sei. Die meisten Probleme sind weder (ohne jeglichen Bezug auf unser Denken/Handeln) einfach gegeben, noch sind sie (ohne jeglichen Bezug auf die Welt) reine Erfindungen. Vielmehr entstehen sie im sprachlich vermittelten Wechselspiel zwischen Denken/Handeln und Welt. Wenn man diese Sichtweise akzeptiert, dann ist Wissenschaft als Problemlösen alles andere als unproblematisch. Vielmehr erscheint

⁷Kritiker dieser Position unter den Anhängern der sogenannten "Kritischen Theorie" haben die Unterscheidung zwischen "problem-solving theory" und "critical theory" vorgeschlagen; vgl. Cox 1981: 128-130.

⁸Wittgenstein 1997a: §123; zur zentralen Bedeutung dieser Aussage für Wittgensteins Denken

es in diesem Fall wichtig, sich Rechenschaft abzulegen, wie wir *als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler* zu jenen Problemen kommen, die wir uns zu lösen aufgeben – bzw. wie die Probleme zu uns kommen.

2. Strategien der Problemfindung

Im folgenden werden wir einige typische Strategien der Problemfindung (bzw. -der Problemerkundung) vorstellen.⁹ Probleme im Sinne eines auflösungsbedürftigen Spannungsverhältnisses zwischen Denken/Handeln und Welt können aufgrund sehr unterschiedlicher Wahrnehmungsprozesse ge- oder erfunden werden (vgl. auch Abbildung 1). In einer recht groben ersten Unterscheidung können wir etwa fragen, ob der zentrale Impuls, der uns ein Problem wahrnehmen läßt, eher in der Welt oder eher in unserem eigenen Denken zu lokalisieren wäre. Wir können beispielsweise Ereignisse “in der Welt” vor dem Hintergrund bestimmter (normativer) Überzeugungen als *Skandal* wahrnehmen, sie kritisieren und versuchen, mithilfe verfügbarer Theorien Wege aufzuzeigen, wie dieser Skandal beseitigt werden könnte (2.1.). Wir können des weiteren Ereignisse in der Welt vor dem Hintergrund unserer bisherigen Erfahrungen als *Neuheiten* wahrnehmen und versuchen, diese Neuheiten besser verstehen und/oder beeinflussen zu lernen (2.2.). Oder wir können vor dem Hintergrund bislang bewährter Theorien oder Überzeugungen auffällige Anomalien beobachten, deren *rätselhafter* Charakter uns veranlassen könnte, unsere Theorien zu verfeinern, neu zu formulieren oder umzubilden (2.3.).

Die Impulse zur Problemfindung können aber auch (im Kontrast zu Ereignissen “in der Welt”) stärker aus unserem eigenen Denken kommen. So können wir etwa aufgrund unserer Kenntnisse verfügbarer Theorien zur Auffassung gelangen, daß zwei unterschiedliche Theorien, die beide in demselben Gegenstandsbereich Anwendung finden sollten, zu divergierenden Aussagen gelangen und insofern *konkurrieren*. Die

vgl. Schulte 1997, 133-137.

⁹Aus Gründen der Lesbarkeit werden wir im folgenden nur den Begriff Problemfindung verwenden, schließen darin aber die zuvor diskutierte doppelte Bedeutung von “finden” und “erfinden” bzw. “sich stellen” und “machen” ein.

Problemlösungsstrategie bestünde dann darin, beide Theorien mithilfe eines passenden Forschungsdesigns daraufhin miteinander zu vergleichen, wie gut sie ein und dasselbe Phänomen erklären können (2.4.). Des Weiteren können wir der Auffassung sein, daß eine bestimmte Theorie für sich genommen zwar von Interesse scheint, in ihrer konkreten Ausformung allerdings Lücken, Inkonsistenzen oder ganz allgemein strukturelle Mängel aufweist. Die Aufgabenstellung liefe in diesem Falle darauf hinaus, den beobachteten *Theoriedefekt* dadurch zu beheben, daß der erhaltenswerte Kern der Theorie identifiziert und die Theorie unter Auffüllung der Lücken bzw. Aufhebung der Defekte rekonstruiert wird (2.5.). Schließlich können wir drittens aufgrund fester eigener Überzeugungen der Auffassung sein, daß andere Wissenschaftler eine schädliche Theorie vertreten bzw. *Theoriemißbrauch* betreiben. Die Problemlösungsstrategie würde dann darin bestehen, die schädlichen Folgen dieser Theorien -- die in diesem Fall häufig auch als *Ideologie* bezichtigt werden -- aufzuzeigen und die Vorteile eines Perspektivwechsel zu skizzieren (2.6.).

Im folgenden werden wir diese Strategien anhand prominenter Beispiele aus dem Bereich der Internationalen Beziehungen im Detail vorstellen. Soweit möglich werden wir dies anhand einzelner paradigmatischer Arbeiten tun. Dabei ist zu beachten, daß wir auf eine inhaltliche Bewertung verzichten. Wichtigstes Kriterium für die Auswahl der jeweiligen Beispiele ist, daß sie typische Aspekte der jeweiligen Strategie beleuchten.

2.1. Skandal

Ein erster Typus von Problemen, mit dem sich die Internationalen Beziehungen häufig beschäftigen, läßt sich unter dem Begriff des Skandals subsumieren. Ereignisse, Praktiken oder Strukturen werden vor dem Hintergrund bestimmter normativer Überzeugungen als Ärgernis oder gar als verabscheuungswürdig wahrgenommen und kritisiert. Diese Skandalisierung qua Beschreibung ist dabei insofern bereits ein wichtiger Teil der wissenschaftlichen Arbeit als eine Veränderung von Wahrnehmungsweisen erreicht bzw. ein Problembewußtsein geschaffen werden soll.

Ein weiteres Ziel der wissenschaftlichen Beschäftigung mit solchen Ereignissen, Praktiken oder Strukturen ist es häufig auch, Wege aufzuzeigen, wie dieser Skandal beseitigt werden könnte. Dies kann mehrere Formen annehmen: die Anwendung bereits verfügbarer Theorien oder Lösungsvorschläge, die Propagierung neuer Sichtweisen bzw. Überzeugungen oder die Formulierung neuer Theorien. Zwei prominente Gegenstandsbereiche der Internationalen Beziehungen, die ihre Entstehung und Entwicklung der Skandalisierung realweltlicher Phänomene verdanken, sollen im folgenden kurz vorgestellt werden.¹⁰

Die Skandalisierung des Ersten Weltkriegs als Geburtsstunde der

Internationalen Beziehungen: Krieg galt über lange Zeit (und gilt für einige wenige auch heute noch) als eine “normale Art des Konfliktaustrags zwischen politischen Gruppen” (Howard 1983: 7). In der Geschichte der Neuzeit markierte der Erste Weltkrieg in dieser Hinsicht allerdings einen radikalen Einschnitt. Betrachtungen des Krieges als einer bloßen “Fortsetzung des politischen Verkehrs (...) mit anderen Mitteln”, wie sie etwa in der klassischen Arbeit bei von Clausewitz im Vordergrund stehen (Clausewitz 1980: 993), wurden angesichts von 20 Millionen Toten, immenser Zerstörungen und einer weit verbreiteten Wahrnehmung, daß dieser Krieg am Ende keine Sieger hervorbrachte (und auch zukünftige Kriege angesichts der Zerstörungskraft moderner Waffen keine Sieger mehr kennen würden), überlagert von moralischen Erwägungen, die auf eine generelle Ächtung des Krieges zielten, einerseits sowie, andererseits, einer intellektuellen Anstrengung, die darauf gerichtet war, die Ursachen von Kriegen zu benennen und zu beseitigen, um eine “lebenswerte Welt” zu verwirklichen.¹¹ Skandalös erschien dieser Krieg nicht nur deshalb, weil er die schlimmsten Befürchtungen bestätigte, die von einer rudimentären Friedensbewegung

¹⁰Im Unterschied zu den meisten nachfolgenden Strategien der Problemfindung werden wir dabei weniger einzelne Arbeiten herausstellen als eine bestimmte Herangehensweise skizzieren, wie sie für große Teile der entsprechenden wissenschaftlichen Gemeinschaften kennzeichnend war.

¹¹Der damalige US-amerikanische Präsident Woodrow Wilson, der als eine der Leitfiguren dieser neuen “idealistischen” Bewegung galt, sprach in seiner berühmten “Vierzehn Punkte”-Rede davon, “that the world be made fit and safe to live in” (Wilson 1918).

bereits vor 1914 geäußert worden waren,¹² sondern auch (und wohl noch stärker), weil seine primären Ursachen in menschlichem Fehlverhalten gesehen wurden. Der “Große Krieg”, wie der Erste Weltkrieg von den Zeitgenossen genannt wurde, erschien vielen nicht als schicksalhaftes Naturereignis, dem man sich nolens volens fügen mußte. Vielmehr wurde er als das Ergebnis des Handelns rücksichtsloser Machtcliquen interpretiert, die an ihren Völkern vorbei mit Geheimverträgen und anderen Instrumenten klassischer Großmachtdiplomatie ihr realpolitisches Spiel betrieben, das “früher oder später den Weltfrieden erschüttern” mußte (Wilson 1918).

So klar wie die Problemlage, so klar erschien auch der Lösungsweg eines “Programms des Weltfriedens” (Wilson) vorgezeichnet: “offene Bündnisse des Friedens, durch offene Verhandlungen geschlossen”, die “Einrichtung gleicher Handelsbedingungen”, Rüstungsbeschränkungen, nationale Selbstbestimmung sowie ein “allgemeiner Zusammenschluß der Nationen auf der Grundlage feierlicher Abkommen und für den Zweck, wechselseitige Garantien politischer Unabhängigkeit und territorialer Integrität für große wie kleine Staaten bereitzustellen”.¹³ Auch wenn dies in erster Linie eine politische Botschaft war, so wurde sie doch auch zum Programm einer neuen wissenschaftlichen Disziplin: der Internationalen Beziehungen.¹⁴ Unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkrieges wurden in England (an der University of Aberystwyth in Wales) und in den USA Lehrstühle für Internationale Beziehungen eingerichtet. Ausgehend von der Überzeugung, daß Krieg unter den modernen Bedingungen ökonomischer Interdependenz und verheerender Waffentechnologie kein rationales Mittel mehr darstellte (vgl. bereits Angell 1913(1910)) und geprägt durch den liberalen Glauben an die Kraft menschlicher Vernunft und individueller Freiheit versuchte diese erste Generation von IB-Wissenschaftlern vor allem Wege aufzuzeigen, wie Kriege verhindert, wechselseitige Fehlwahrnehmungen (eine der vermeintlich wichtigsten Ursachen für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges)

¹²Vgl. hierzu vor allem Müller 1989: 53-56.

¹³Vgl. Wilson 1918, vor allem die Punkte 1, 3-5 und 14.

¹⁴Woodrow Wilson war nicht nur Politiker, sondern hatte sich vor seiner Wahl zum amerikanischen Präsidenten bereits einen Namen als Wissenschaftler gemacht, unter anderem auch als sechster Präsident der Fachvereinigung amerikanischer Politikwissenschaftler, der “American Political Science Association”.

vermieden, Konflikte durch Mediation und internationale Jurisdiktion gelöst und ganz allgemein internationale Zusammenarbeit gefördert werden könnten.¹⁵

Angesichts der verheerenden Folgen des Ersten Weltkrieges war die Verhinderung eines neuen Krieges von herausragendem Interesse. "Idealisten" wie der britische Schriftsteller Leonard Woolf oder der erste Inhaber des ersten Lehrstuhls für Internationale Beziehungen an der University of Aberystwyth, Alfred Zimmern, sahen ihre Aufgabe nicht nur darin "die Menschen zu lehren, (richtig) zu beobachten, die Welt zu sehen, wie sie ist",¹⁶ sondern auch Vorschläge zu machen, um das Zusammenleben der Völker und Staaten in dieser Welt zu verbessern. So zirkulierten etwa bereits während des Krieges Publikationen, die vor allem das Prinzip des Mächtegleichgewichts für die Eskalation der europäischen Konflikte verantwortlich machten und an Stelle dieses Gleichgewichtssystems eine "definitive internationale Organisation" zur Verhinderung von Kriegen forderten (Woolf 1916: 462-63). Daß ein "kosmopolitischer Staat" aufgrund eines fehlenden "kosmopolitischen Patriotismus" eher unter "der Kategorie Utopien" einzuordnen sei, würde noch nicht bedeuten, daß nicht andere Schritte eingeschlagen werden könnten, um "die Machinerie der internationalen Beziehungen zu verbessern". Woolf dachte dabei zum einen an den Ausbau des internationalen Rechts -- einschließlich der verbindlichen Rechtsprechung in Form einer "Internationalen Autorität" -- und zum anderen an die Durchsetzung des "Prinzips, demzufolge jedem Staat für sich genommen das Recht untersagt, allen Staaten gemeinsam aber das Recht eingeräumt wird, Fragen zu entscheiden, die den Weltfrieden gefährden" (Woolf 1916: 465). Dieses später als "kollektive Sicherheit" bekannt gewordene "Prinzip" wurde nicht nur zur Leitlinie für die Entwicklung des "Völkerbundes", sondern stand -- insbesondere in Auseinandersetzung mit dem "realistischen" Prinzip des Machtgleichgewichts -- in den nachfolgenden Jahrzehnten auch immer wieder im Mittelpunkt der Debatte unter IB-Wissenschaftlern.¹⁷ Die

¹⁵Zu den Anfängen der Disziplin Internationale Beziehungen vgl. vor allem Hollis/Smith 1990: 16-20; zu den gemeinsamen Überzeugungen dieser ersten "idealistischen" Generation vgl. Osiander 1998.

¹⁶Zimmern 1931: 13, zit. nach Osiander 1998: 424.

¹⁷Einen guten Überblick über die Literatur zum Thema "kollektive Sicherheit" einschließlich eines Versuchs, dieses Prinzip auf die Situation in Europa nach dem Ende des Ost-West-

Skandalisierung des Ersten Weltkrieges hat in diesem Sinne nicht nur die Grundlage dafür geschaffen, daß eine neue wissenschaftliche Disziplin entstand, sondern sie hat auch dazu geführt, daß Debatten initiiert und Lösungsvorschläge hervorgebracht wurden, die das Denken und Handeln nachfolgender Politiker- wie Wissenschaftlergenerationen wesentlich geprägt haben.

Für die Entwicklung der “Internationalen Beziehungen” als politikwissenschaftliche Teildisziplin waren die politischen Ereignisse im Zusammenhang des Ersten Weltkrieges wie auch ihre wissenschaftliche Bearbeitung prägend.¹⁸ *Krieg und Frieden* bilden auch heute noch ein Begriffspaar, das einen der zentralen Forschungsgegenstände der IB umschreibt. Keine der großen Theorien, die die Geschichte des Faches in den letzten Jahrzehnten geprägt haben, kann auf eine Beschreibung und Erklärung dieser Phänomene verzichten. Und im Unterschied zu den Einstellungen gegenüber Krieg, wie sie noch im frühen 20. Jahrhundert beobachtbar waren, sind heroisierende Untertöne im wissenschaftlichen Diskurs nahezu vollständig verschwunden. Krieg erscheint heute bestenfalls als “unausweichlich” (um noch größeres Unrecht zu verhindern), aber selbst dann zumeist als Skandal, weil nicht rechtzeitig Schritte unternommen wurden, eine solche Eskalation der Konfliktbearbeitung zu verhindern (eins der prominenten jüngeren Beispiel ist natürlich der Krieg im Kosovo). Diese Veränderungen der Einstellung zum Krieg haben nicht unwesentlich dazu beigetragen, mit der *Friedensforschung* eine neue Form der Selbstbeschreibung wie auch eine neue Praxis wissenschaftlichen Arbeitens über Krieg und Frieden zu begründen (wie auch umgekehrt die Arbeit dieser Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dazu beigetragen Einstellungen zu Krieg und Frieden weiter zu verändern). Krieg wurde durch diese institutionalisierte Skandalisierung zwar nicht abgeschafft, aber veränderte individuelle Überzeugungen haben (etwa in der westeuropäischen Kultur) deutliche Spuren hinterlassen und auch zu politischen Innovationen (“Krisenprävention”; “peacekeeping”¹⁹) geführt, die die

Konflikts anzuwenden, findet sich bei Kupchan/Kupchan 1992.

¹⁸Vgl. Knutsen 1992:184-196; zu weiterer Literatur sowie zur Kritik gängiger Reduzierungen der “Internationalen Beziehungen” in der sogenannten “Zwischenkriegszeit” auf “idealistisches” Gedankengut vgl. auch Schmidt 1998.

¹⁹Vgl. u.a. Daase 1999.

Entstehung von Kriegen erschweren oder die Folgen von Krieg lindern helfen.

Reichtum und Armut, Entwicklung und “Unterentwicklung”: Ein weiterer großer Forschungsbereich der Internationalen Beziehungen, die sogenannte “Entwicklungsproblematik”, verdankt seinen Stellenwert in ähnlicher Weise der Skandalisierung realweltlicher Entwicklungen, wie dies im Blick auf die Gründung der IB als Reaktion auf den Ersten Weltkrieg der Fall war. So wie sich nach dem Ersten Weltkrieg immer mehr dagegen sträubten, Krieg als etwas “naturgegebenes” einfach hinzunehmen, beehrten nach dem Zweiten Weltkrieg immer mehr dagegen auf, Armut als gottgegeben zu akzeptieren.....

(wird noch ausgebaut

2.2. Neuheiten

Als die Skandalisierung von Krieg und Armut/“Unterentwicklung” auf breiter Linie zu einem Problem der Wissenschaft wurde, konnte man nicht behaupten, daß diese Phänomene für die Menschheit (oder die Wissenschaft) neu waren. Neu war lediglich, daß immer weniger Menschen (und Wissenschaftler) bereit waren, sich mit Krieg oder Unterentwicklung als unvermeidlichen oder gar gottgegebenen Tatsachen abzufinden und nach Wege sannen, wie man das, was man nunmehr als skandalös empfand ändern könnte. *Skandale* als Strategie der Problemfindung soll hier aber unterschieden werden von dem, was wir “Neuheit” nennen. Auch wenn die Grenze zwischen dem, was *in unserer Wahrnehmung* oder *in der Wirklichkeit* “neu” ist, nur schwer zu bestimmen ist (bzw. von manchen gar als irreführende Unterscheidung abgelehnt wird) , erscheint es uns doch ratsam, zwischen der Zuschreibung von neuen Qualitäten zu vergleichsweise bekannten Phänomenen und der Postulierung von Neuheiten zu unterscheiden. Der Unterschied mag graduell (und nicht kategorial) sein, aber wir halten ihn für hinreichend signifikant, um eine Unterscheidung zu

treffen. Neuheiten ergeben sich aus “neuen” Beobachtungen realweltlicher Entwicklungen, die zumeist aus gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen oder technologischen Veränderungen resultieren. Neu sind solche Beobachtungen beispielsweise in dem Sinne, daß aufgrund von mehr oder weniger überraschenden technischen Erfindungen neue Chancen oder Gefahren entdeckt oder aufgrund von gesellschaftlichen oder politischen Veränderungen neue Zusammenhänge oder Entwicklungstrends gesehen werden. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler stellen sich vor diesem Hintergrund zumeist die Aufgabe, das Neue zu beschreiben oder auf den Begriff zu bringen; zu begründen, daß es sich in der Tat um etwas qualitativ neues handelt; die neuen Entwicklungen mit Hilfe verfügbarer oder neuer Theorien zu erklären; aufzuzeigen, warum und wie es zu diesen Veränderungen gekommen ist; und vielleicht sogar Wege zu skizzieren, wie man auf diese Veränderung reagieren sollte. In allen diesen Dimensionen kann es zu Kontroversen kommen, am häufigsten betreffen diese aber die Frage, inwieweit gewachsene Erfahrungen und Wissensbestände durch das Neue überholt und begriffliche bzw. theoretische Innovationen tatsächlich notwendig sind.

Die nukleare Revolution: Wenige Erfindungen haben das Schicksal der Menschheit und damit die Wahrnehmung und in mancher Hinsicht auch das Verhalten der Menschen so dramatisch verändert wie die Erfindung der Kernspaltung und ihre Nutzung für Kriegsführungszwecke. Die Entwicklung und der Einsatz der Atombombe in Hiroshima und Nagasaki am Ende des Zweiten Weltkrieges stellten insofern eine Neuheit, ja in einem sehr wörtlichen Sinne: eine “revolutionäre” Veränderung dar, als “sämtliche Wahrheiten über die Beziehung zwischen militärischer Macht und Staatskunst auf den Kopf gestellt wurden” (Jervis 1989, 15). Wenn es – wie die Autoren einer der ersten und einflußreichsten Abhandlungen über “die absolute Waffe” formulierten – zuvor “die Hauptaufgabe unseres Militärs war, Kriege zu gewinnen, so besteht sie von nun an darin, Kriege zu verhindern. Das Militär kann nahezu keinen anderen sinnvollen Zweck mehr haben.”²⁰ Mitte der 1950er Jahre beschrieb der

²⁰ Broodie 1946, 76 (zit. nach Jervis, *The Meaning of the Nuclear Revolution*, 7).

deutsche Philosoph Karl Jaspers die “schlechthin neue Situation” in noch drastischeren Worten als eine “doppelt unreal anmutende Alternative”: Entweder werde “die gesamte Menschheit physisch zugrunde gehen, oder der Mensch wird sich in seinem sittlich-politischen Zustand wandeln. (...) Entweder der plötzliche Ausbruch des Atomkrieges, vielleicht nach Jahren, nach Jahrzehnten, oder die Konstituierung eines Weltfriedenszustandes ohne Atombomben mit dem neuen, wirtschaftlich auf die Atomenergie gegründeten Leben”.²¹

Allein die Tatsache, daß sich ein renommierter Philosoph mit den Konsequenzen einer militärtechnischen Innovation für das – wie es im Untertitel seines Buches hieß – “politische Bewußtsein in unserer Zeit” befaßte, verdeutlichte, wie weit diese Veränderungen in das politische Denken und Handeln der Menschen hineinreichten. Trotz der gerade auch für die Zeitgenossen offensichtlichen Zerstörungskraft der Atombombe wurde allerdings die Reichweite der damit einhergehenden Veränderungen für das Schicksal der Menschheit unterschiedlich eingeschätzt. Vereinfacht lassen sich zwei Wahrnehmungs- und Bearbeitungsweisen des Neuen unterscheiden: eine sehr heterogene Gruppe von Intellektuellen und Wissenschaftlern, die – wie das Beispiel Karl Jaspers zeigt – weit über den engen Bereich der fachwissenschaftlichen Debatte in den Internationalen Beziehungen hinausreichte, thematisierte vor allem die normativen Implikationen dieser revolutionären Veränderung: gefragt wurde hier unter anderem, wie sich die Einstellung jedes einzelnen Individuums (und damit auch der Menschheit insgesamt) ändern und wie die verantwortlichen politischen Entscheidungsträger ihr Verständnis von zwischenstaatlicher Politik korrigieren müßten, damit ein, wie es später hieß, drohender “nuklearer holocaust” verhindert werden konnte.²² Elemente der Skandalisierung, wie wir sie im vorangehenden Teilkapitel diskutiert haben, waren hier nicht zu übersehen. Im Unterschied zur Skandalisierung moderner Kriegführung einerseits sowie “Unterentwicklung” andererseits hatten wir es hier jedoch mit einer

²¹Jaspers 1958, 5; vgl. ferner das sogenannte Russell-Einstein Manifesto vom 9. Juli 1955, u.a. verfügbar unter <http://www.pugwash.org/about/manifesto.htm>. (16.8.2001).

²²Die Liste der Publikationen, die hier aufgeführt werden könnten, ist lang; als Beispiele für unterschiedliche Herangehensweise, die sich teilweise aus unterschiedlichen Biographien erklären, vgl. Anders 1980(5), Weizsäcker 1976, Nye 1986.

technischen Erfindung von Menschen zu tun, die in überraschend kurzer Zeit realisiert worden war und zugleich weitreichende Folgen zeitigte. Daß es sich hierbei um ein realweltlich neues Phänomen handelte, das nicht in erster Linie auf neue Wahrnehmungsweisen der Menschen zurückzuführen war, war sicherlich schwerer zu leugnen als etwa im Falle der Skandalisierung moderner Kriegführung und Unterentwicklung.

Eine zweite Wahrnehmungs- und Bearbeitungsweise kennzeichnete den engeren fachwissenschaftlichen Diskurs. Hier spielten normative Fragen zwar ebenfalls eine wichtige Rolle, die erkenntnisleitenden Interessen im Umgang mit dem Neuen der nuklearen Revolution wurden allerdings auch wesentlich von theoretischen oder praktischen Problemstellungen geprägt, wie sie sich in den Traditionslinien des Denkens über zwischenstaatliche Beziehungen über die Jahrhunderte herausgebildet hatten. Ein Strang der Forschung, der sich zum überwiegenden Teil in der Tradition realistischen Denkens verorten ließ, war vor allem dadurch gekennzeichnet, daß die militärtechnische Innovation als irreversibles Faktum akzeptiert wurde und davon ausgehend die militärstrategischen Implikationen zu denken waren. Im Extrem führte dies einige Militärstrategen vor allem in den 1950er Jahren zu der Frage, wie Kriege unter den veränderten Bedingungen zu führen, d.h. zu "begrenzen" seien, um gewonnen zu werden.²³ Alleine eine solche Frage aufzuwerfen, erscheint aus heutiger Perspektive pervers. Zumindest für einen Teil der Strategen galt dies zum damaligen Zeitpunkt jedoch noch nicht. Die Aussicht auf eine nukleare Auslöschung allen Lebens war in den 1950er Jahren trotz prominenter Aufrufe von weltweit anerkannten Wissenschaftlern "noch nicht zum Klischee geworden" war, wie dies rückblickend der Militärhistoriker Freedman (1989(2): 93) formulierte. Der Kontrast zwischen der Perspektive eines sich um die Zukunft menschlichen Lebens sorgenden Existenzialisten auf der einen Seite (Jaspers) und eines Militärstrategen, der in etwa zur gleichen Zeit die Führbarkeit eines "begrenzten" Nuklearkrieges theoretisierte (vgl. Osgood 1957) verdeutlicht, wie unterschiedlich die möglichen Implikationen des nuklearen Zeitalters angegangen wurden und wie strittig die Qualität des Neuen selbst

²³Zur Theorie und Strategie des sogenannten "begrenzten Krieges" vgl. Osgood 1957; ferner die Überblicke bei Jervis 1989 (vor allem Kap. 3 und 7) und Freedman 1989(2), Kap. 7 und 8..

unter renommierten Wissenschaftlern war.

Diese krassen Differenzen sind zwar mit der Zeit zunehmend eingeebnet worden, der kollektive Lernfortschritt hin zu einer zunehmend konsensualen Einschätzung der Qualität des Neuen dauerte allerdings im Falle der Nuklearwaffen Jahrzehnte und nicht Jahre. Wie weitreichend diese Veränderungen letztlich waren, zeigt sich unter anderem auch darin, daß sich im Laufe dieser Zeit nicht nur das Denken über die neue Technologie verändert (und in vielerlei Hinsicht angenähert) hat, sondern auch darin, daß sich neue Arten der Theoretisierung internationaler Politik verbreitet haben und (in ihrer Selbstbeschreibung) sogar neue Arten von Wissenschaft ("Friedenswissenschaft") entstanden sind, wobei die letzten beiden Entwicklungen ursächlich auf die neuen Rahmenbedingungen des nuklearen Zeitalters zurückgeführt werden konnten. Die Ausbreitung von *rational choice* in den Internationalen Beziehungen steht beispielsweise in einem deutlichen Zusammenhang mit der Entwicklung der Abschreckungstheorie bzw. von Modellen eines "nuclear bargaining" unter den Bedingungen moderner Krisendiplomatie. Deduktive Argumentationen und rationale Interessenskalküle spielen bei beiden eine herausragende Rolle.²⁴ Umgekehrt haben sich vor dem Hintergrund der Risiken unkalkulierbarer Eskalationsprozesse zahlreiche Wissenschaftler mit der Frage beschäftigt, wie angesichts tiefsitzenden wechselseitigen Mißtrauens und teilweise nicht bestehender diplomatischer Kommunikationskanäle Spannungen zwischen den Nuklearmächten abgebaut und sich zuspitzende Konflikte frühzeitig entschärft werden könnten.²⁵ Eine weit radikalere Antwort auf die Strategen der nuklearen Kriegsführung formierte sich in den 1960er und 1970er Jahren in der kritischen Friedensforschung, die einige ihrer Anhänger, angesichts ihres starken normativen Impulses, auch als eigenständige "Friedenswissenschaft" jenseits der (vermeintlich realistisch dominierten) Disziplin Internationale Beziehungen etablieren wollten. Das Abschreckungdenken, das nicht

²⁴Zu den klassischen Arbeiten zählen u.a. Schelling (1960, 1966); zur Anwendung von *rational choice* auf Krisendiplomatie im nuklearen Zeitalter vgl. Snyder/Diesing 1977; zur Kritik aus dem Blickwinkel eines stärker mit historischen Methoden arbeitenden Wissenschaftlers vgl. u.a. Betts 1987.

²⁵Vgl. die klassische Arbeit von Charles E. Osgood über "Graduated and Reciprocated Initiatives in Tension-reduction", kurz GRIT (Osgood 1962 sowie die Reflexionen des Autors

nur die Militärstrategien, sondern das ganze Weltbild unter den Bedingungen der bipolaren Nuklearkonfrontation dominierte, erschien aus diesem Blickwinkel nicht nur als Folge, sondern auch als Motor eines grundlegenden, zahlreiche Bereiche des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens erfassenden Systems “organisierter Friedlosigkeit”, das neben der direkten, personalen Gewalt von “struktureller Gewalt” durchdrungen sei.²⁶ In diesen Arbeiten wurden, wie auch unter den Militärstrategien, in hohem Maße Anleihen aus sozialwissenschaftlichen Nachbardisziplinen wie z.B. der Soziologie oder der Individual- und Sozialpsychologie genommen. Disziplinergrenzen überschreitende neue Begriffsbildungen und theoretische Innovationen lieferten in diesem Sinne wissenschaftliche Deutungsangebote, um das Neue der nuklearen Revolution auf den Begriff zu bringen.

Wie sich der Neuigkeitswert des Neuen verändert, wenn Zeit vergeht und Erwartungen oder Hypothesen zu Erfahrungen oder Wissen gerinnen, läßt sich an den längerfristigen Wirkungen der nuklearen Revolution für den wissenschaftlichen Diskurs sehr gut nachzeichnen. Mit dem Ende der bipolaren Konfrontation der nuklearen “Supermächte” scheint die Tatsache, daß die Welt nicht nur weiterhin eine nukleare, sondern als solche mithin unübersichtlicher geworden ist, in der öffentlichen Wahrnehmung wie auch im wissenschaftlichen Diskurs aus dem Blickfeld verschwunden zu sein. Die nukleare Welt ist nicht mehr neu, die Menschheit (und mit ihr die Wissenschaft) haben sich offensichtlich darin eingerichtet.²⁷ Die

zwei Jahrzehnte später; Osgood 1980); vgl. ferner George 1991.

²⁶Vgl. u.a. Senghaas 1972, Galtung 1975.

²⁷Wie unterschiedlich Wissenschaftler die Implikationen der nuklearen Zeitalters im Verlauf der letzten Jahrzehnte einschätzten, ließe sich an zahlreichen Beispielen zeigen. Das folgende soll ausreichen. Im Jahr 1960 schrieb der britische Physiker und Schriftsteller C. P. Snow, daß wir “mit der Gewissheit statistischer Wahrheit wissen, daß, wenn genügend von diesen Waffen (i.e. Atomwaffen, G.H.) von hinreichend vielen Staaten hergestellt werden, einige von ihnen detonieren werden – sei es aufgrund eines Unfalls, einer Dummheit oder aus Wahnsinn. Aber diese Motive zählen nicht. Entscheidend ist die Natur der statistischen Tatsache.” In “höchstens zehn Jahren”, so prognostizierte Snow, “werden einige dieser Bomben detonieren.” (C.P. Snow, Excerpts from Snow’s Speech to American Scientists, in: New York Times, 28.12.1960: 14, zitiert nach Sagan/Waltz 1995, 93). Kenneth Waltz, der für seinen unorthodoxen Standpunkt über die stabilisierenden Wirkungen von Nuklearwaffen berühmt und berüchtigt ist, kommentierte diese Aussage Mitte der 1990er Jahre wie folgt: “In 1960, statistical fact told Snow that within ‘at the most, ten years some of these bombs are going off’. Statistical fact now tells us that we are twenty-five years overdue. But the novelist and scientist overlooked

apokalyptischen Prognosen aus den Anfängen des nuklearen Zeitalters scheinen heute nur noch wenige zu schrecken. Zu dem, was vor 50 Jahren in einem revolutionären Sinne neu schien, scheint heute nahezu alles gesagt. Die Spezifika der veränderten Lage interessieren fast nur noch die Experten – und ihre Zahl wird nicht zuletzt auch deshalb geringer, weil die Fördermittel für die Spätfolgen der nuklearen Revolution angesichts vermeintlich drängenderer anderer Fragen derzeit nicht gerade üppig fließen. Wer sich heute mit den großen Risiken und Bedrohungen der Gegenwart und Zukunft beschäftigt, wird sehr schnell feststellen, daß die bis in die späten 1980er Jahre dominierenden Fragen der nuklearen Abschreckung weit in den Hintergrund gerückt worden sind. In den globalen Dimensionen der Vernichtung von Leben erscheinen etwa die neuen technischen Möglichkeiten des “cyberwarfare” im Vergleich zum Damoklesschwert eines nuklearen “overkill” wie eine Mücke. Trotzdem dominieren diese Fragen heute in der öffentlichen Wahrnehmung weit mehr als etwa die (neueren) Fragen des nuklearen Terrorismus – ganz zu schweigen von den Fragen zwischenstaatlicher nuklearer Abschreckung.

Diese Beschreibung verdeutlicht, welche Mechanismen wirken, wenn neue Phänomene in den Mühlen der Wissenschaft bearbeitet werden, mit der Zeit ihren Neuigkeitswert verlieren und “veralten”. Was ursprünglich als Problem erschien, wurde durch die systematische Beschäftigung aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln vertrauter. Damit muß nicht notwendigerweise einhergehen, daß wissenschaftliche Untersuchungen zu konsensuellem Wissen führen (genau dies trifft nämlich im Falle der nuklearen Revolution auch nach einem halben Jahrhundert der Forschung gerade nicht zu). Aber von der Mehrung unseres Wissens kann zumindest im Wittgenstein’schen Sinne durchaus gesprochen werden. Was ursprünglich aufgrund seiner Neuigkeit als Problem erschien (“Ich kenne mich nicht aus”), wurde durch die Forschung zahlloser Wissenschaftler vertrauter – und zugleich auch weniger interessant. Wie der Führer in Wittgensteins Gleichnis, der das Gelände einer fremden Stadt erkundet (vgl. das Zitat bei Schulte 1997, 136), haben tausende von

the fact that there are no ‘statistical facts’” (Sagan/Waltz 1995: 93). Zur Kritik dieses Standpunkts aus heutiger Sicht vgl. auch die Erwiderungen von Scott Sagan in demselben Band.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern das Terrain der nuklearen Welt durchschritten und vermessen. Sie haben dabei zum Teil sehr unterschiedliche Karten gezeichnet – nicht nur was den Maßstab anbelangt, sondern auch, welche Gegenstände eingezeichnet und welche weggelassen wurden. Allerdings haben die meisten Nutzer dieser Karten gelernt, sie zu lesen und aufeinander zu beziehen. In diesem Sinne wissen wir heute sicherlich weit mehr als vor 50 Jahren und in diesem Sinne haben wissenschaftliche Forschungen auch dazu beigetragen, das ursprünglich Neue der nuklearen Revolution in etwas bekannteres zu überführen – selbst wenn keiner der Experten angesichts der eingeschränkten Erfahrungen mit dem tatsächlichen Einsatz von Nuklearwaffen behaupten würde, daß man die Implikationen hinreichend abschätzen kann.

Die Erfindung der Atombombe und die sich daraus ergebenden Impulse für das Denken und Handeln sind ein besonders eindrucksvolles Beispiel für die Veränderung von Forschungsagenden im Bereich der Internationalen Beziehungen. Nur wenige andere realhistorische Veränderungen markierten vergleichbar abrupte Einschnitte oder zeitigen ähnlich weitreichende Effekte. Dies bedeutet jedoch nicht, daß es nicht zahlreiche andere Neuheiten gibt, die ihrerseits (im Wittgenstein'schen Sinne) "unbekannt" sind. Was heute unter dem Stichwort der "Globalisierung" diskutiert wird, erscheint den meisten Zeitgenossen zwar im Vergleich zur Erfindung der Atombombe weit weniger schicksalsbestimmend. Allerdings trifft die Beschreibung dieses Phänomens als einer qualitativ neuen Entwicklung auf immer stärkere Resonanz. Im folgenden soll anhand einer ausgewählten neueren Publikation zu diesem Themenbereich aufgezeigt werden, wie die Neuheit des Phänomens beschrieben und erklärt wird.

Zürn, *Regieren jenseits des Nationalstaates*: Was seit einigen Jahren unter dem Schlagwort der "Globalisierung" in einer breiten internationalen Öffentlichkeit diskutiert wird, läßt sich zwar mit der Erfindung der Atombombe insofern vergleichen, als es auch hier um eine qualitative Veränderung der internationalen

Beziehungen geht. Der Beginn, die Dimensionen und die Auswirkungen dieser neuen Entwicklungen sind allerdings in höherem Maße umstritten. Zürns Beitrag zur Debatte um die Globalisierung ist für unsere Zwecke deshalb besonders beachtenswert, weil er mindestens zwei Anforderungen erfüllt, die gerade in einer wissenschaftlichen Arbeit über ein "neues" Phänomen wichtig sind: er bemüht sich um eine detaillierte, nach systematisch ausgewählten Kriterien vorgenommene Beschreibung des Neuen; und er bemüht sich um eine Erklärung des neuen Phänomens unter Zuhilfenahme verfügbaren, teilweise auch konkurrierenden theoretischen Wissens. Hinzu kommt des weiteren, daß er theoretische Überlegungen aus unterschiedlichen politikwissenschaftlichen Teildisziplinen heranzieht, um Wege aufzuzeigen, wie die von ihm konstatierte "Krise des Regierens in der OECD-Welt" überwunden werden kann.

Zürns Ausgangspunkt besteht in der Behauptung, daß in nahezu allen OECD-Ländern Krisenerscheinungen zu beobachten seien. Ihren Ausdruck finden diese Krisenerscheinungen in der Unfähigkeit der Nationalstaaten, effektiv auf die anstehenden Probleme zu reagieren. Als wichtigste Ursache für diese Krise identifiziert Zürn "die Reichweite der Gültigkeit von nationalstaatlichen Regelungen", die "die realen Grenzen des betroffenen Handlungszusammenhangs als Folge der gesellschaftlichen Denationalisierung *häufig unterschreitet*" (10, Hervorh. im Original). Der Begriff der "Globalisierung" sei allerdings ungeeignet, diese Entwicklung auf den Punkt zu bringen, weil zahlreiche soziale Handlungszusammenhänge nationale Grenzen überschritten, ohne dabei ein globales Ausmaß anzunehmen. Der angemessenere Begriff sei daher "gesellschaftliche Denationalisierung". Wie ein angemessener Begriff des neuen Phänomens lauten könnte, markiert also den ersten Schritt. Wie das Phänomen genauer beschrieben werden könnte, stellt den zweiten Schritt dar. Zu diesem Zweck untersucht Zürn grenzüberschreitende Transaktionen (gemessen anhand von sachbereichsspezifischen Objekten, die ausgetauscht oder gemeinsam produziert werden) in insgesamt fünf Sachbereichen: (1) dem Sachbereich "Gewalt" (d.h. grenzüberschreitender Austausch bzw. Produktion von Bedrohungen und Waffen); (2) Kommunikation und Kultur; (3) Mobilität (Reisen und

Personenwanderungen); (4) Wirtschaft (Güter, Dienstleistungen und Kapital); (5) Umwelt (Umweltschadstoffe und -risiken). Gesellschaftliche Denationalisierung soll dann als gegeben betrachtet werden, "wenn der relative Anteil grenzüberschreitender Transaktionen entweder deutlich (als Orientierung: Verdoppelung in einer Dekade) und nachhaltig (kein Wachstumsstop) anwächst (Denationalisierung als Prozeß) oder bereits ein ausreichend hohen Wert (als Orientierungspunkt: 25 Prozent) erreicht hat (denationalisierter Zustand)" (76).

Der Befund fällt eindeutig aus. Die systematische Sammlung, Aufbereitung und Auswertung einschlägiger Daten belegt, daß "die Herausforderung der gesellschaftlichen Denationalisierung" für die gegenwärtige Phase am Ende des 20. Jahrhunderts "von noch nie dagewesener Quantität und von neuer Qualität" ist (94).²⁸

Was folgt aus diesem Befund für die Aufgabe des Regierens? Gemessen an dem, was ein hochentwickelter Staat heute eigentlich leisten müsse -- Zürich entwickelte eingangs in einem dichten, teils systematisch, teils historisch angelegten Argumentationsgang zur Entwicklung des modernen Wohlfahrtsstaates die vier Ziele Sicherheitsgewährleistung, Identitätsstiftung, Legitimation und soziale Wohlfahrt -- stelle der "nationalstaatliche Fokus des Regierens" (63) innerhalb der OECD-Welt deshalb eine zunehmend ineffiziente Form des Regierens dar, weil die "Kongruenz" sozialer und politischer Räume als Voraussetzung sowohl effektiven wie auch demokratischen Regierens nicht mehr gegeben sei. Zwar seien die Nationalstaaten heute besser als je zuvor in der Lage, ihre Verteidigungs- und Rechtsstaatsaufgabe zu erfüllen (was sich kausal auf ökonomische bzw. kulturelle Denationalisierungsprozesse zurückführen ließe), gleichzeitig würden sie zunehmend versagen, ihren Gesellschaften Schutz vor Terrorismus, Verbrechen und

²⁸Vgl. Beisheim u.a. 1998. Aus diesem umfassenden Datensatz führt Zürich u.a. Daten zur Entwicklung von Transaktionen aus folgenden Bereichen an: Atomwaffentechnologie, Telefongespräche, Importe von Büchern und Broschüren, einheimische Filmproduktion, Auslandsreisen, Asylanträge, Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung von OECD-Staaten, Daten zu Umweltrisiken wie SO₂-Emissionen, globale Durchschnittstemperaturen, Außenhandelsquoten, Direktinvestitionen und Eurogeldmarkt.

Umweltzerstörung zu bieten (99-115). Ähnliches gälte im Blick auf das Ziel "soziale Wohlfahrt" (133-155).

Nachdem Zürn auf diesem Weg seine These zu erhärten suchte, daß der OECD-Nationalstaat zwei zentrale Aufgaben des Regierens nicht mehr angemessen erfüllen kann, fragt er in einem weiteren Schritt, ob effektives Regieren jenseits des Nationalstaates möglich sei bzw. inwieweit es bereits realisiert ist. Unter Verweis auf die politikwissenschaftliche Literatur insgesamt zeigt er auf, daß insbesondere außerhalb des Blickfeldes des IB seit längerem unterschiedliche Formen der Selbstorganisation gesellschaftlicher Akteure in nicht-hierarchisierter Form diskutiert würden. Entsprechend unterscheidet er unter den Begriffen "governance by", "governance with" und "governance without government" drei allgemeine "Grundformen des Regieren", die er nachfolgend anhand einer weiteren Unterscheidung von acht internationalen bzw. transnationalen Institutionen im Bereich der internationalen Politik konkretisiert (169-176).

Kann das Wachstum internationaler Institutionen mit der Geschwindigkeit der gesellschaftlichen Denationalisierung aber Schritt halten? Zürn zeigt an dieser Stelle unter Rückgriff auf umfangreiche Forschungen über internationale Institutionen, daß dies in vielerlei Hinsicht überraschenderweise der Fall zu sein scheint (201-230). Daß in diesem Sinne eine "technische" Lösung *möglich* sei, beantwortet allerdings noch nicht die Frage, ob es unter normativen Gesichtspunkten auch *wünschenswert* ist, denn zweifelsohne geht das Wachstum internationaler Institutionen mit der Reduzierung demokratischer Kontroll- und Einflußmöglichkeiten einher. Bedeutet dies, daß *effektives* Regieren jenseits des Nationalstaates nur auf Kosten *demokratischen* Regierens zu haben ist?

Mit diesem sowohl praktischen wie auch theoretischen Dilemma wirft Zürn ein Kernproblem der gegenwärtigen politikwissenschaftlichen Diskussion auf, das zunehmend die traditionellen teildisziplinären Grenzen sprengt. Wenn effektives Regieren nicht nur technische Lösungen bieten soll, sondern darüber hinaus auch gewisse normative Standards erfüllen soll, erscheint der dilemmatorische Charakter

einer Neukonstitution demokratischer Legitimation unter den Bedingungen des Regierens jenseits des Nationalstaates offensichtlich. Die Diskussion konkurrierender demokratiethoretischer Anforderungen (233-255) verstärkt diesen Eindruck und mündet in die wenig befriedigende Aussicht, daß der Weg "zwischen der *Skylla* des Nationalstaates auf Weltebene und der *Charybdis* bloßer intergouvernementaler Kooperation" liege (254). Muß angesichts dessen, so fragt Zürn selbst, ein "Projekt komplexes Weltregieren nicht von vorne herein zum Scheitern verurteilt" sein? In seinen abschließenden Kapiteln verneint er diese Frage, indem er zuerst drei skeptische Argumentationsstränge aus der Globalisierungsliteratur zurückweist, um sodann eine eigene "positive Utopie" (292) zu entwickeln. In diesem Zusammenhang benennt er eine Reihe von Aufgaben mit unterschiedlichem Schwierigkeitsgrad, die zu meistern wären, bevor er mit einer Liste von fünfzehn konkreten Vorschlägen endet (337-360).

Zusammenfassung: Zürn spannt einen großen Bogen von der Beschreibung eines neuen Phänomens über die Erklärung seines Ursprungs, die Skizzierung theoretisch begründeter Gestaltungsmöglichkeiten und normativ begründeter Gestaltungsnotwendigkeiten bis hin zu konkreten Politikempfehlungen. Nicht alle Arbeiten, die sich mit neuen Phänomenen beschäftigen, äußern sich auf allen diesen Ebenen. Die erste -- die Beschreibung des Phänomens samt einer Begründung, daß und inwiefern es sich um etwas qualitativ neues handelt -- ist jedoch konstitutiver Bestandteil dieses Typs von Arbeiten, denn gerade um diesen Aspekt entzündet sich häufig Streit. Im Falle der Globalisierungsdiskussion dreht sich der Streit etwa um die Frage, wie gewichtig oder wie neu die konstatierten Veränderungen tatsächlich sind. Ähnliche Diskussionen, wenn vielleicht auch nicht ganz in diesem Ausmaße, gab es auch in den 1950er Jahren in der Diskussion über das Neue der nuklearen Revolution. Ein entscheidendes Qualitätskriterium von Arbeiten, die solche Neuheiten zum Gegenstand haben, ist es daher, daß sie -- zumindest als Referenzpunkt für konkurrierende Sichtweisen -- eine klare Beschreibung des neuen Phänomens entwickeln und begründen, inwiefern es sich von anderen, möglicherweise vergleichbaren Phänomenen oder Entwicklungen unterscheidet. Dadurch werden sich

allerdings, wie wissenssoziologische Studien nachgewiesen haben,²⁹ Gegenreaktionen nach dem Motto “das hatte es schon immer gegeben” nicht verhindern lassen. Die Angriffsflächen und die Überzeugungskraft von Studien, die Neuheiten postulieren, werden dadurch aber deutlich reduziert. Ein weiteres Problem solcher Neuheiten ist des weiteren, daß die Anwendung verfügbaren theoretischen Wissens umso begrenzter möglich ist, je “neuer” und damit singulärer das Neue ist. Theorieinnovation spielt daher in diesen Arbeiten häufig eine herausragende Rolle, wobei -> Metaphern und -> Analogien eine große Bedeutung zukommt.

2.3. Rätsel

Während bei den bislang diskutierten Problemfindungsstrategien theoretische Aspekte eher im Hintergrund standen, stehen solche in den nachfolgenden Abschnitten im Zentrum. Das Rätsel stellt insofern die Verbindung her als bei der Formulierung des Problems empirische Beobachtungen und theoretisches Wissen in spezifischer Weise verknüpft werden. Am Ausgangspunkt eines Rätsels steht zweierlei: ein bestimmtes theoretisches Wissen und eine konkrete Beobachtung, die insofern *irritierend* ist, als sie sich mit diesem theoretischen Wissen nicht erklären läßt. Das Bewußtsein, daß wir zwar *etwas* wissen, aber nicht wissen, wie *diese konkrete* Beobachtung zu erklären ist, führt dann häufig dazu, daß wir Anstrengungen unternehmen, das Rätsel zu lösen.

Die Theorie des demokratischen Friedens: Die Theorie des demokratischen Friedens bietet mehrere Beispiele für solche Rätsel. Am Anfang dieses Forschungsprogramms stand ein theoretisches Argument und ein empirischer Befund. Demokratien, so argumentierte Michael Doyle (1983a, b; 1986) in Anlehnung an Immanuel Kant, seien zwar nicht *grundsätzlich* friedfertiger als Nicht-Demokratien, *untereinander* aber würden sie einen “Friedensbund” (Kant 1981: 33) bilden, in dem Kriege ausgeschlossen seien. Dieses Argument, das durch nachfolgende statistische

²⁹Merton

Untersuchungen erhärtet wurde (Maoz/Abdolali 1989; Maoz/Russett 1992; 1993; Ray 1993), stellte aus dem Blickwinkel des Realismus ein Rätsel dar: da aus realistischer Sicht die entscheidenden Kriegsursachen -- wie z.B. das aus der Anarchie resultierende Sicherheitsdilemma oder bestimmte Konfigurationen der Verteilung von Machtressourcen -- auf der Ebene des internationalen Systems angesiedelt sind, dürfte die staatliche *Herrschaftsform* (als sub-systemische Variable) eigentlich keinen Unterschied machen (vgl. Layne 1994: 10-12). Genau dies aber schien der Befund nahezu legen.

Die Verknüpfung des empirischen Befundes mit Kernaussagen realistischer Theorie warfen also ein Rätsel auf, sie lieferten allerdings noch keine Auflösung dieses Rätsels. Um einer solchen Auflösung bzw. einer Erklärung näher zu kommen, mußte man der Frage nachgehen, welche Aspekte der demokratischen Herrschaftsform dafür verantwortlich sein könnten, daß Demokratien untereinander keine Krieg führen. Doyle hatte in seinen Arbeiten bereits eine Spur gelegt. Demokratien könnten deshalb in der Lage sein, einen solchen Friedensbund zu schließen, "weil sie demokratische Vorsicht walten lassen und fähig sind, die internationalen Rechte anderer Republiken (Demokratien, G.H.) zu achten. Diese internationalen Rechte anderer Republiken sind daraus abgeleitet, daß wir ihre Bürger als uns moralisch gleichgestellt wahrnehmen" (Doyle 1986: 1162). Diese beiden Aspekte stehen seither im Mittelpunkt der Versuche, das Rätsel des demokratischen Friedens aufzulösen. Was Doyle "demokratische Vorsicht" nannte, wird heute zumeist als "strukturelle" oder "institutionelle" Variante der Erklärung des demokratischen Friedens bezeichnet und verweist im wesentlichen darauf, daß Demokratien aufgrund ihrer komplexen Herrschaftsorganisation und der eingebauten Kontrollmechanismen keine Kriege untereinander führen. Die von Doyle angesprochene wechselseitige Identifikation der Demokratien wird heute zumeist als "kulturelle" oder "normative" Erklärung bezeichnet. Sie verweist im wesentlichen darauf, daß Normen der Konfliktregulierung, die für Demokratien innenpolitisch handlungsleitend sind, von ihnen auch via Analogie auf den zwischenstaatlichen Umgang unter Demokratien übertragen werden und daß Demokratien sich zudem wechselseitig unterstellen, daß sie diesen Normen folgen (vgl. Russett 1993: 24-42).

Welche dieser beiden Varianten die überzeugendere ist, ist unter den Anhängern der Theorie des demokratischen Friedens noch strittig, die meisten neigen mittlerweile aber dazu, sie nicht als sich wechselseitig ausschließend, sondern als ergänzend zu betrachten, wobei allerdings die normative Variante empirisch stärker belegt zu sein scheint (vgl. Russett 1993: 72-98; Risse-Kappen 1995; Kahl 1999).

Die Behauptung, daß der Befund des demokratischen Friedens den Status eines "empirischen Gesetzes" habe (Levy 1989: 270), hat die Anhänger systemischer Theorien nicht ruhen lassen. So sind in den letzten Jahren vermehrt Arbeiten erschienen, die ihrerseits auf Anomalien in der Theorie des demokratischen Friedens hinweisen. Ein Ansatzpunkt sind dabei vor allem theoretische Implikationen, die sich aus der normativen Erklärung des demokratischen Friedens ergeben. Bruce Russett etwa postulierte nicht nur, daß Demokratien untereinander keine Kriege führen, sondern auch ("in logischer Erweiterung des Forschungsprogramms"), daß Demokratien in höherem Maße als Nicht-Demokratien Interessenkonflikte mit anderen Demokratien beilegen, "ohne dabei militärische Gewalt anzudrohen" (Russett 1995: 172). In einer statistischen Analyse ziehen Henry Faber und Joanne Gowa allerdings nicht nur diese Vermutung, sondern auch den restriktiver formulierten Befund des demokratischen Friedens selbst in Zweifel. Wenn man den in gängigen statistischen Untersuchungen zugrundegelegten Zeitraum zwischen 1817 und 1976 in fünf Phasen aufteile (1817-1913; 1914-1918; 1919-1938; 1939-1945 und 1945-1976), sei nämlich erstens lediglich für die Phase nach dem Zweiten Weltkrieg ein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen Herrschaftsform und Kriegswahrscheinlichkeit zu beobachten. Nur für diese Phase lasse sich der Nachweis erbringen, daß die Kriegswahrscheinlichkeit für demokratische Dyaden signifikant niedriger liege als für andere denkbare Dyaden (Farber/Gowa 1995: 140-142). Noch wichtiger aber erscheint Farber und Gowa ein zweiter Befund. Vor allem wenn man die kulturell/normative Erklärung des demokratischen Friedens ernst nähme, müßte man einen Zusammenhang zwischen demokratischer Herrschaftsform und einer deutlich geringeren Häufigkeit inter-demokratischer Krisen auf niedrigerem Gewaltniveau

beobachten.³⁰ Die Anhänger der Theorie des demokratischen postulieren einen solchen Zusammenhang aufgrund der Annahme, daß Demokratien Meinungsverschiedenheiten “sehr viel häufiger als andere Staaten durch Vermittlung, Verhandlung oder andere Formen friedlicher Diplomatie beilegen” (Russett 1995: 172). Genau dies aber ließe sich, so Farber und Gowa, nicht nachweisen, denn in den bereits erwähnten fünf Phasen zwischen 1817 und 1976 lasse sich lediglich für die Zeit nach 1939 eine signifikant niedrigere Häufigkeit solcher MIDs zwischen demokratischen Dyaden beobachten. Für die Zeit *vor 1914* gelte allerdings genau das Gegenteil: in dieser Phase sei die Wahrscheinlichkeit von inter-demokratischen Krisen auf niedrigem Gewaltniveau sogar *größer* als für andere denkbare Dyaden (Farber/Gowa 1995: 142-145).

Farber und Gowa schlossen aus diesem Befund, daß die Geltungsansprüche der Anhänger der Theorie des demokratischen Friedens nicht gerechtfertigt seien und der Faktor Herrschaftssystem keinen Aufschluß über Kriegshäufigkeit bzw. Frieden gebe. Selbst der Befund, daß *nach 1945* ein signifikanter Zusammenhang zwischen demokratischer Herrschaftsform und geringerer Kriegs- oder Krisenwahrscheinlichkeit unter Demokratien zu bestehen scheine, lasse sich anstelle eines Verweises auf die Herrschaftsform Demokratie viel überzeugender damit erklären, daß Demokratien nach 1945 mit höherer Wahrscheinlichkeit gemeinsame Allianzen bildeten als zuvor, d.h. daß es weniger gemeinsame normative Überzeugungen als gemeinsame Interessen während des Kalten Krieges waren, die diesen Befund erklären.

Diese beiden Rätsel aus der Debatte um die Theorie des demokratischen Friedens illustrieren beispielhaft, wie bei dieser Strategie häufig verfahren wird. Theoretische Geltungsansprüche werden mit widersprechenden empirischen Beobachtungen konfrontiert, um sodann systematisch (vgl. etwa Russett) oder skizzenhaft (Farber/Gowa) eine oder mehrere alternative Erklärungen oder Theorien zu

³⁰Solche “low-level militarized interstate disputes” oder MIDs wurden im Rahmen des sogenannten COW-Datenbankprojektes, auf das viele Forscherinnen und Forscher für statistische Analysen zurückgreifen, definiert als zwischenstaatliche Konfliktsituationen, in denen militärische Gewalt angedroht oder auf niedrigerem Niveau eingesetzt wird; vgl. zu diesem Datensatz Gochman/Maoz 1984.

entwickeln, die helfen, diese Widersprüche aufzulösen bzw. das Rätsel zu lösen. Die Wechselwirkungen zwischen Theorie und Empirie können dabei hinsichtlich der zeitlichen Abfolge bei der Formulierung des Rätsels im Verlauf des Forschungsprozesses ganz unterschiedlich sein. Rätsel können das Ergebnis eines Versuches sein, aus einer verfügbaren Theorie gewisse Implikationen abzuleiten, um sich sodann auf die Suche nach empirischen Beobachtungen zu machen, die diesen theoretischen Implikationen widersprechen. Rätsel können aber auch das (mehr oder weniger zufällige) Resultat empirischer Beobachtungen sein, die uns erst vor dem Hintergrund bestimmter Theorien rätselhaft erscheinen. Die Arbeit von Farber und Gowa fällt eher in die erste Kategorie, die ursprünglichen Arbeiten zum demokratischen Frieden aus den 1980er Jahren fallen eher in die zweite.

Damit zusammenhängend kann es weiter unterschieden werden zwischen Arbeiten, die Rätsel als Vehikel der Theoriebildung im engeren Sinne begreifen (wie am Beispiel der Diskussion um den demokratischen Frieden gezeigt) und solchen, die Rätsel dadurch auflösen wollen, daß sie in erster Linie eine *Erklärung* für eine konkrete irritierende Beobachtung und weniger eine allgemeine *Theorie* entwickeln wollen. Zwar kann die Auflösung eines solchen Rätsels auch Anstöße für die weitere Theorieentwicklung geben, da es sich aber um die Erklärung eines einzigen Falles handelt, sind weitreichende theoretische Schlußfolgerungen häufig problematisch (--> Forschungsdesign). Der Bedeutung einer solchen Einzelfallerklärung muß dies jedoch keinen Abbruch tun, vor allem wenn es sich dabei um ein wichtiges Phänomen handelt.

Lumsdaine, Moral Vision in International Politics: Ein Beispiel für diese zweite Variante ist die Arbeit von David Lumsdaine über die Entwicklungshilfe der sogenannten OECD-Staaten seit dem Zweiten Weltkrieg. Lumsdaines Ausgangspunkt bestand in der Beobachtung, daß die OECD-Staaten seit den 1950er Jahren immense netto-Beträge (mehr als US\$ 500 Milliarden) an Entwicklungshilfe geleistet hatten, die aus der Perspektive der dominanten Theorie der internationalen Beziehungen, des

Realismus, nicht erklärbar waren. Die Realisten behaupten, daß sich Staaten ausschließlich am Eigeninteresse orientieren und ethische Überlegungen (wie z.B. Armutsbekämpfung in anderen Staaten) in der Außenpolitik keine Rolle spielen. Während traditionelle Realisten den Hauptgrund für die Orientierung am eigenen Interesse in der selbstsüchtigen menschlichen Natur sehen, argumentieren Neorealisten, daß die Staaten aufgrund der Bedingungen des anarchischen internationalen Selbsthilfesystems dazu gezwungen sind, sich auf ihr eigenes Wohl zu konzentrieren. Wenn daher Staaten anderen materielle Hilfe zukommen lassen, so kann dies nur mit dem Kalkül verbunden sein, einen wie auch immer gearteten Nutzen daraus zu ziehen.

Lumsdaines Beobachtung, daß nach 1945 massive Transferleistungen von den reicheren Ländern zu den ärmeren stattfanden, waren aus einer realistischen Perspektive in mehrerer Hinsicht überraschend. Erstens waren die Nutznießer dieser Transfers vor allem Staaten, die weder von herausragender geopolitischer Bedeutung waren, noch von besonderem ökonomischen Interesse für die Geldgeber. Hinzu kam zweitens, daß seit den 1970er Jahren ca. 30% der Entwicklungshilfe durch multilaterale Institutionen vergeben wurden, wodurch die Einflußnahme einzelner Staaten auf die Vergabekriterien drastisch reduziert wurde. An einer Bilateralisierung der Vergabe dieser Mittel hätten die Staaten aber aus einem realistischen Blickwinkel ein großes Interesse haben müssen, da sie nur auf diesem Wege ihren individuellen Nutzen maximieren konnten. Überraschend war drittens, daß überproportionale Anteile an der gesamten Entwicklungshilfe von Staaten aufgebracht wurden, die -- wie etwa Norwegen, die Niederlande, Dänemark oder Schweden -- in einem machtpolitischen Sinne keine globalen Ambitionen verfolgten. Vielmehr zeichneten sich alle diese Staaten vor allem dadurch aus, daß sie auch im Innern eine Sozialpolitik praktizierten, die die ärmeren sozialen Schichten fördern sollte. Da Lumsdaines Beobachtungen mit realistischen Erwartungen nicht in Einklang zu bringen waren, stellte sich die Frage, wie das Rätsel zu lösen sei. Auf der Suche nach alternativen Erklärungen erwiesen sich dabei vor allem zwei Hypothesen als erklärungskräftig: zum einen, daß Wertvorstellungen, die für Individuen und soziale Gruppen innerhalb eines Staates

handlungsleitend sind, auch das Außenverhalten von Staaten prägen; zum anderen, daß die Innen- und Außenpolitik von Staaten geprägt wird durch die Erfahrungen, die diese in der internationalen Gesellschaft gemacht haben, bzw. durch die Rollen oder Funktionen, die sie in dieser internationalen Gesellschaft ausgefüllt haben. Diese alternativen Erklärungsversuche erschienen viel überzeugender, denn die Spitzenreiter unter den Geberländern (vor allem die Skandinavier) hatten zum einen keine globalen geostrategischen Interessen zu verteidigen, und zeichneten sich zum anderen in ihrer Innenpolitik vor allem dadurch aus, daß auch dort eine an den Ärmsten ausgerichtete Organisation des Sozialstaates dominierte.

Lumsdaine zog aus seiner Untersuchung vor allem den Schluß, daß "moralische Visionen" den Charakter der internationalen Politik verändern können. Politische oder ökonomische Nutzenkalküle seien zwar auch in der Entwicklungshilfe zu beobachten, aber sie alleine könnten nicht erklären, warum so viele Staaten in so hohem Maße und so lange bereit waren, bedürftigen Ländern zu helfen. Viel überzeugender sei demgegenüber der Verweis auf humanitäre und egalitäre Überzeugungen, die eine Gesellschaft prägten und von ihr auch auf das Außenverhalten des jeweiligen Staates übertragen werden. Weil die Armut der Länder des Südens immer mehr Menschen in den reichen Ländern des Nordens immer weniger akzeptabel erschienen und Friede und Wohlstand auf Dauer nur im Rahmen einer gerechten Weltordnung gedeihen konnten, waren sie bereit, großangelegte Hilfsprogramme zu unterstützen. Damit war aus Lumsdaines Sicht das Rätsel der Entwicklungshilfe gelöst.

Hatten wir über diesen Einzelfall hinaus aber auch etwas grundlegenderes gelernt? Lumsdaine ist hier zwar zurückhaltend, deutet aber an, daß das Rätsel der Entwicklungshilfe aus seiner Sicht ein "paradigmatischer Fall für den Einfluß grundlegender moralischer Prinzipien" (Lumsdaine 1993: 29) sei. Im Kontrast zum Realismus formuliert er deshalb auch ein "alternatives Verständnis" davon, wie internationale Politik funktioniere -- ein Verständnis, aus dem sich "ein allgemeines Forschungsprogramm über ethische Einflüsse auf das internationale System" (Lumsdaine 1993: 5) ergebe, das im wesentlichen auf drei Faktoren zu konzentrieren wäre: den systematischen Transfer von innergesellschaftlichen

Gerechtigkeitsverständnissen auf die internationale Ebene, einen gesellschaftlichen moralischen Diskurs, der eine internationale Gesellschaft konstituiert, sowie normative Bedeutungsgehalte, die in internationalen Regimen und Praktiken eingeschrieben seien und deren Entwicklung prägten. Der einzelne Fall (das Rätsel der Entwicklungshilfe und sein Auflösung) dient Lumsdaine insofern auch als Ausgangspunkt für weitergehende, wenn auch allgemein gehaltene Vorschläge zur Forschung.

Zusammenfassend können wir zur Strategie des Rätsels folgendes festhalten: (1) Das charakteristische Merkmal von Rätseln besteht in einem Spannungsverhältnis zwischen einer irritierenden Beobachtung und theoretischen Geltungsansprüchen. (2) Bei diesen irritierenden Beobachtungen kann es sich entweder um regelmäßig wiederkehrende Phänomene (Demokratien führen untereinander keine Kriege) oder um wichtige Einzelphänomene handeln (Entwicklungshilfe), die mit gängigen oder prominenten Theorien nicht zu erklären sind. (3) Die "Entdeckung" einer irritierenden Beobachtung kann das Ergebnis systematischer Theoriearbeit oder eher zufälliges Resultat empirischer Untersuchungen sein. Es ist allerdings immer erst der Kontrast zu einer Theorie, der aus einer empirischen Beobachtung eine "Anomalie" macht. (4) Die Auflösung des Rätsels besteht darin, daß eine Erklärung geliefert wird, die die Anomalie auflöst; sie kann in einer modifizierten oder völlig neuen Theorie bestehen oder aber auch (als Erklärung eines einzelnen Falls) zum Ausgangspunkt eines umfassenderen Forschungsprogramms werden.

2.4. Theoriekonkurrenz

In rätsellösenden Arbeiten geht es häufig darum, vor dem Hintergrund einer bestimmten Beobachtung eine vorhandene Theorie zu modifizieren oder eine neue Theorie zu entwickeln. In einer Theorienkonkurrenz stehen sich *zwei* oder *mehrere bekannte* Theorien gegenüber, die in demselben Gegenstandsbereich Anwendung finden sollten, bei der Erklärung ein und desselben Phänomens aber zu unterschiedlichen Ergebnissen gelangen. Ziel ist es, die konkurrierenden Theorien

daraufhin miteinander zu vergleichen, wie gut sie dieses Phänomen erklären können, um auf diesem Wege zu präziseren Einschätzungen ihrer Reichweite und/oder Erklärungskraft zu gelangen. Im Idealfall können so erklärungschwache Theorien verdrängt oder gar eliminiert, zumindest aber insofern diskreditiert werden, als Einschränkungen hinsichtlich ihrer Reichweite vorgenommen werden müssen.³¹

Walt, *The Origins of Alliances*: Arbeiten, die konkurrierende Theorien testen, können ganz unterschiedliche Ausgangspunkte wählen und dabei auch Elemente anderer Strategien übernehmen. In einer Arbeit über “die Ursprünge von Allianzen” (Walt 1987) sah sich Stephen Walt mit zwei Rätseln konfrontiert. Erstens beobachtete er eine erstaunliche Diskrepanz zwischen politischen Entscheidungsträgern und Wissenschaftlern hinsichtlich der Frage, welcher Faktor für die Herausbildung von Allianzen entscheidend sei: Wissenschaftler argumentierten überwiegend, daß sich Staaten militärisch zusammenschließen, um ein Gegengewicht gegen mächtige (und daher bedrohlich wirkende) andere Staaten zu bilden, eine Strategie, die als “balancing” bezeichnet wird. Politische Entscheidungsträger in den USA und der Sowjetunion hingen demgegenüber zumeist der Überzeugung an, daß sich Staaten aus Furcht eher *mit* der bedrohlichsten Macht zusammenschließen, eine Strategie, die als “bandwaggoning” bezeichnet wird. Da beides zugleich nicht richtig sein konnte und die politischen Schlußfolgerungen sehr unterschiedlich waren, wenn man der einen oder der anderen Strategie folgte, hielt es Walt für wichtig, dieser Frage systematisch

³¹Eine wichtige Voraussetzung, die in Arbeiten, die konkurrierende Theorien testen, selten explizit thematisiert wird, besteht allerdings darin, daß eine *Vergleichbarkeit* der Theorien tatsächlich gegeben ist. Das damit angedeutete, erstmals von Thomas Kuhn aufgeworfene Problem der *Inkommensurabilität* von Theorien besagt, daß Theorien häufig deshalb nicht vergleichbar seien, weil sie in unterschiedlichen Sprachen formuliert sind, die sich nicht ineinander übersetzen ließen (Kuhn 1970: 147-150). In der sozialwissenschaftlichen Forschungspraxis erscheint dieses Problem allerdings aus zwei Gründen weniger dramatisch: zum einen deshalb, weil Theorien häufig im selben paradigmatischen Umfeld angesiedelt sind, zum anderen weil sich aus der Unübersetzbarkeit von Theorien selbst dann nicht ableiten läßt, daß sie unvergleichbar sind, wenn sie unterschiedlichen Paradigmen angehören, da die Übersetzbarkeit keine notwendige Bedingung ist, um verschiedene Theorien für sich genommen zu verstehen und vergleichend diskutieren zu können. Zu neueren Diskussionen des Problems der Inkommensurabilität vgl. Davidson 1986: 261-282; Hacking 1996(1983): 115-130; Rorty 1993(1988): 16-18; Laudan 1990: 121-145.

nachzugehen. Hinzu kam noch ein zweites Rätsel: eine der bekanntesten realistischen Theorien, die "balance of power"-Theorie von Kenneth Waltz (1979, Kap. 6), besagte, daß Staaten sich aufgrund von Zwängen, die sich aus der Funktionsweise des anarchischen internationalen Systems ergeben, gegen die bedrohlichste Macht zusammenschließen. Dieser Erwartung widersprach allerdings die Beobachtung, daß einige mächtige Allianzen über Zeit an Zusammenhalt *gewannen*, obwohl ihre kombinierten Machtressourcen *anwachsen* und sie daher nach Maßgabe der "balance-of-power"-Theorie im Vergleich zu den schwächeren konkurrierenden Koalitionen eigentlich an Zusammenhalt hätten *verlieren* müssen -- eine Beobachtung, die beispielsweise auf die Entwicklung der NATO im Vergleich zum Warschauer Pakt zutraf.

Vor dem Hintergrund dieses doppelten Rätsels formulierte Walt eine Reihe von konkurrierenden Hypothesen, die sich teilweise aus der wissenschaftlichen, teilweise aus der politischen Diskussion ableiten ließen. Allianzbildung, so die konkurrierenden Erwartungen, konnte (1) als Antwort auf eine Bedrohung betrachtet werden, wobei sich Staaten im Falle von "balancing" *gegen* und im Falle von "bandwaggoning" *mit* der bedrohlichsten Macht zusammenschließen; sie konnte im Kontrast zu diesen machtbezogenen Erklärungen (2) das Resultat gemeinsamer ideologischer Überzeugungen sein; oder sie konnte die Folge externer Beeinflussung durch (3) die Bereitstellung ökonomischer Anreize (wie etwa Entwicklungshilfe) oder (4) durch die Manipulation bzw. Unterwanderung des politischen Systems sein. Unter diesen vier Rubriken entwickelte Walt jeweils mehrere Hypothesen, um sie sodann anhand von 36 Allianzen (bzw. 68 nationalen Allianzentscheidungen) aus dem Nahen und Mittleren Osten zu überprüfen. Kurz zusammengefaßt bestand sein Ergebnis darin, daß sich die "balancing"-Hypothese als "klarer Gewinner" erwies (Walt 1987: 263); "bandwaggoning" sei demgegenüber nur dann zu beobachten gewesen, wenn es sich um besonders schwache oder isolierte Staaten gehandelt habe. Als einzige andere Hypothese, die noch eine gewisse Erklärungskraft hatte, habe sich die ideologische Affinität erweisen. Allianzen aufgrund ideologischer Übereinstimmung seien allerdings dann schnell aufgegeben worden, wenn Bedrohungswahrnehmungen eine

andere Orientierung nahelegten.

Zwei Aspekte sind an Walt's Arbeit im Kontext unserer Diskussion vor allem auffällig: der Umgang mit den konstatierten Anomalien der "balance of power"-Theorie und die große Bedeutung, die Walt bei der Formulierung von Hypothesen den Überzeugungen politischer Entscheidungsträger beimißt. Im Hinblick auf die konstatierten Anomalien hätte eine naheliegende Alternative darin bestanden, die Arbeit so anzulegen, daß zuerst der Nachweis über die mangelnde Erklärungskraft der "balance of power"-Theorie erbracht wird, um sodann eine bessere Theorie zu entwickeln, die diese Anomalien erklärt. Im Kontrast zu dieser Strategie des Rätsel-lösens beläßt es Walt allerdings dabei, in wenigen Sätzen diese Anomalien zu benennen und sogleich eine alternative "balance of *threat*"-Theorie zu entwickeln, die ihrerseits dann in Konkurrenz zu anderen "Theorien" tritt (vgl. Walt 1987: ix-x, 21-22).³² Die zweite Auffälligkeit besteht darin, daß es sich bei diesen "Theorien" viel stärker um Glaubenssätze politischer Entscheidungsträger und weniger um verallgemeinerte Aussagengebäude handelt, die der wissenschaftlichen Diskussion entnommen sind. Im Zuge der Entwicklung seines Forschungsdesigns leistet Walt zwar wichtige Übersetzungsleistungen entsprechend der Formulierungskonventionen wissenschaftlicher Hypothesentests, sein Interesse an der Rückkoppelung seiner theoretischen Ergebnisse an die politische Praxis wird aber auch am Schluß nochmals deutlich sichtbar, wenn er die Ergebnisse seiner Untersuchung in die Politikempfehlung münden läßt, daß die USA (aus der Sicht Mitte der 1980er Jahre) die Entwicklungen der internationalen Politik vergleichsweise gelassen verfolgen könnten, weil ihre westeuropäischen Verbündeten kaum die Seiten wechseln würden (Walt 1987: 282-284).

Grieco, Cooperation among Nations: Walt's Arbeit hat zwar sehr viel Aufsehen

³²Ein pragmatischer Grund für diese Verfahrensweise könnte darin bestanden haben, daß Walt eine direkte Auseinandersetzung zwischen seiner "balance of threat"-Theorie und der "balance of power"-Theorie von Kenneth Waltz deshalb vermeiden wollte, weil dadurch die Konfrontation mit seinem Betreuer in den Vordergrund gerückt wäre.

erregt,³³ ist allerdings aufgrund der ungewöhnlich starken Bezüge zur politischen Praxis eher untypisch für die Strategie der Theorienkonkurrenz. Viel typischer sind Arbeiten, die zentrale theoretische Debatten innerhalb der Internationalen Beziehungen aufgreifen. Die Arbeit von Joseph Grieco über die Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten im Hinblick auf die sogenannte Tokyo-Runde des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) fällt in diese Kategorie. Griecos zentrales Anliegen bestand darin, zwei Theorien großer Reichweite und hoher Abstraktion, den Realismus und den "neoliberalen Institutionalismus", daraufhin miteinander zu vergleichen, welche der beiden die überzeugendere Erklärung für Kooperation bzw. Nicht-Kooperation zwischen Staaten liefere.

Im Unterschied zu Walt's Fokus auf zeitgenössische politische Debatten knüpfte Grieco mit dieser Problemstellung an die seit Jahrhunderten bestehende innerwissenschaftliche Konkurrenz zwischen den großen Theorietraditionen Realismus und Idealismus/Liberalismus an. Da sich beide im Laufe der Zeit hinsichtlich ihres Theorieverständnisses und ihrer Prämissen stark aneinander angenähert hatten, im Kern aber nach wie vor zu sehr unterschiedlichen Einschätzungen zentraler Probleme der internationalen Beziehungen kamen, schien ein Vergleich besonders naheliegend.³⁴ Grieco machte von Anfang an keine Hehl aus seiner Ausgangsvermutung, daß der Realismus die überzeugendere Erklärung für das Zustandekommen kooperativer zwischenstaatlicher Arrangements liefern würde. Um es sich allerdings nicht zu leicht zu machen, wählte er mit den Fallstudien aus dem Bereich der Handelspolitik seinen empirischen Gegenstand so, daß er den Anforderungen an eine strenge Prüfung (--> Fallstudien) gerecht würde und man ihm insofern nicht vorwerfen konnte, den Realismus aufgrund der Auswahl des empirischen Gegenstandes bevorzugt zu haben. Die Logik hinter dieser Vorgehensweise besteht darin, daß die Überlegenheit einer favorisierten Theorie umso deutlicher unter Beweis gestellt werden kann, je mehr die Umstände, unter denen sie

³³Vgl. Keohane 1988 sowie die Debatte zwischen Eric Labs, Robert Kaufman und Stephen Walt in *Security Studies*, Vol. 1, No. 3 (Spring 1992).

³⁴Vgl. hierzu zustimmend Baldwin 1993, Grieco 1993 und Keohane 1993.

in einem Konkurrenzkampf bestehen muß, den Konkurrenten begünstigten.

Griecos Vorgehensweise bei der Durchführung seiner Theorienkonkurrenz läßt sich folgendermaßen zusammenfassen. In einem ersten Schritt entwickelte er zunächst die Kernaussagen beider Theorien im Hinblick auf die Frage, wie sie jeweils das Zustandekommen internationaler Kooperation erklären. Im Vergleich zum Realismus erwies sich dabei der neoliberale Institutionalismus aus seiner Sicht als logisch inkohärent, weil er aufgrund einer Fehlinterpretation des Anarchiekonzepts zu einer verkürzten Analyse des Kooperationsproblems von Staaten gelange. Die Konsequenzen der Anarchie bestünden nämlich nicht so sehr darin, daß Staaten sich wie rationale Egoisten verhalten würden, die ihren absoluten Nutzen maximieren wollten, sondern darin, daß Staaten als "defensive Positionalisten" stets von einer Grundsorge angetrieben würden, daß andere sie dominieren oder gar vernichten wollten und sie aus diesem Grund aus jeglichen kooperativen Arrangements mit anderen Staaten nicht nur einen absoluten Gewinn ziehen wollten, sondern stets auf ihren relativen Vorteil bedacht seien, d.h. daß sie immer darauf achten würden, wieviel ihre Kooperationspartner relativ zu ihnen gewinnen. Der neoliberale Institutionalismus würde demgegenüber das Haupthindernis internationaler Kooperation ausschließlich in der Furcht der Staaten sehen, von anderen Staaten hintergangen zu werden ("cheating") und dadurch einen (absolut gemessen) geringen Nutzen zu erzielen. Diese Furcht ließe sich allerdings aus neoliberaler Sicht dadurch mildern, daß Institutionen geschaffen werden, die ein hohes Maß an Regeldurchsetzung gewährleisten bzw. potentiellen Regelverletzern glaubwürdig schmerzliche Sanktionen androhen.

In einem zweiten Schritt stellte Grieco seinen empirischen Gegenstand vor. Im wesentlichen ging es dabei um sechs Codes der Tokyo-Runde des GATT von 1973-1979, deren Zweck darin bestand, nicht-tarifäre Handelshemmnisse zu reduzieren. Grieco interessiert sich dabei vor allem für die Frage, wie das vereinbarte Regelwerk in der Praxis umgesetzt wurde, d.h. insbesondere inwieweit sich die beteiligten Staaten (hier vor allem die USA und die EG-Staaten) in den 1980er Jahren an diese Vereinbarungen auch tatsächlich hielten und inwieweit es ihnen gelang, bei auftretenden

Unstimmigkeiten über vereinbarte Regelungen, Korrekturen vorzunehmen bzw. neue Regelungen zu treffen. Dabei zeigte sich, daß es den beteiligten Staaten in ganz unterschiedlicher Weise gelang, die Einhaltung von Regeln (bzw. die kooperative Lösung von Konflikten über diese Einhaltung) durchzusetzen. Vier Codes erwiesen sich als recht erfolgreich, während es bei zweien zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Signatarstaaten, insbesondere zwischen EG und USA, kam. Diese beiden Konflikte konnten auch nicht durch die vorgesehenen Konfliktregelungsmechanismen des Regimes beseitigt werden.

Diesen Befund versuchte Grieco sodann mit Hilfe der beiden konkurrierenden Theorien zu erklären. Dabei zeigte sich, daß der neoliberale Institutionalismus zwar ebenso wie der Realismus die erfolgreichen Fälle erklären könne, nicht aber, warum es im Hinblick auf zwei Codes so schwer war, ihre Einhaltung durchzusetzen. Die EG widersetzte sich beispielsweise einer strengen Interpretation dieser beiden weniger erfolgreichen Codes, obwohl sie genau wie die anderen Partner einen erheblichen *absoluten* Nutzen aus der Einhaltung gezogen hätte. Für den neoliberalen Institutionalismus sei dies nicht erklärbar, so schlußfolgerte Grieco, wohl aber für den Realismus, denn er könne (1) mit Verweis auf die gleichmäßige Verteilung von Gewinnen nicht nur erklären, warum die Einhaltung der vier erfolgreichen Codes für alle Beteiligten nützlich war, sondern (2) unter Verweis auf Befürchtungen der EG, daß ihre Partner (vor allem aber die USA) einen *größeren* Nutzen aus ihrer Einhaltung ziehen würden als sie selbst, auch erklären, warum die Einhaltung dieser Codes so schwierig war. Da der Realismus damit in einem Gegenstandsbereich, in dem er strukturell eigentlich benachteiligt war, die bessere Erklärung geliefert hatte, war damit für Grieco auch der Nachweis erbracht, daß er insgesamt die bessere Theorie darstelle.

Wie nicht anders zu erwarten war, hat diese sehr weitreichende Schlußfolgerung einigen Widerspruch provoziert.³⁵ Sieht man jedoch von diesen substantiellen Kontroversen einmal ab, so lassen sich anhand von Griecos Arbeit einige typische

³⁵Vgl. hierzu u.a. Lake 1992, Milner 1992, Keohane 1993 sowie gewisse Zugeständnisse auf Seiten Griecos bei Grieco 1993.

Merkmale der Strategie der Theorienkonkurrenz sehr gut illustrieren. Wichtig ist zum einen, daß es sich im Hinblick auf den gewählten Gegenstandsbereich für alle konkurrierenden Theorien um faire Testbedingungen handelt, d.h. für die Anhänger der konkurrierenden Theorien sollte es grundsätzlich unstrittig sein, daß die zu testenden konkurrierenden Theorien auch in der Tat vorgeben, den ausgewählten Gegenstand erklären zu können. Wie Griecos Arbeit zeigt, wird es dabei nicht immer möglich sein, *gleiche* Testbedingungen für *alle* Theorien herzustellen. Falls bereits eine Vermutung vorliegt, welche Theorie sich als erklärungskräftiger erweisen sollte, besteht eine Möglichkeit zur Anpassung der Konkurrenzbedingungen darin, daß man den Test so zuschneidet, daß diese Theorie schwierigere Hürden zu überwinden hat. Gelingt ihr dies tatsächlich, so verläßt sie die Konkurrenz umso gestärkter. Zu beachten ist allerdings, daß selbst Theorien, die unter vergleichsweise günstigen Umständen scheitern oder nicht ganz so erfolgreich abschneiden, nicht vorschnell für *falsifiziert* erklärt werden sollten (--> Theorieprüfung), denn häufig ist es in diesen Fällen naheliegender, die Grenzen der Reichweite dieser Theorie anzupassen. Hinzu kommt, daß einzelne Tests nur in selten Fällen zur Eliminierung einer Theorie führen.

Risse-Kappen, Cooperation among Democracies: Eine Theorienkonkurrenz kann sich aufdrängen, wenn unterschiedliche Theorien in wichtigen Aspekten zu unterschiedlichen Prognosen neigen (wie dies in Griecos Untersuchung der Fall war), sie kann aber auch dann sinnvoll sein, wenn unterschiedliche Theorien zu identischen Prognosen gelangen. In diesem Fall kann ein Zweck der Konkurrenz darin bestehen, die überzeugenderen Kausalmechanismen herauszufinden.

(wird evtl. noch entwickelt)

2.5. Theoriedefekt

Die Auffassung, daß eine bestimmte Theorie für sich genommen zwar von Interesse scheint, in ihrer konkreten Ausformung allerdings Lücken, Inkonsistenzen oder ganz

allgemein strukturelle Mängel aufweist, bildet den Ausgangspunkt für eine weitere Strategie der Problemfindung. Die primäre Aufgabe wird dabei vor allem darin gesehen, zentrale Begriffe zu hinterfragen und neu zu definieren, das Netz tragender Konzepte neu zu knüpfen bzw. Variablen neu zu sortieren, um dadurch den erhaltenswerten aber revisionsbedürftigen Kern der Theorie herauszuarbeiten und die Theorie unter Auffüllung der Lücken bzw. durch die Aufhebung der Defekte zu rekonstruieren.

Waltz, *Theory of International Politics*: Kenneth Waltz's "Theory of International Politics" ist eine der aufsehenerregendsten Arbeiten der letzten Jahrzehnte, die in diese Kategorie eingeordnet werden kann. Mit seinem Projekt verfolgte Waltz drei Ziele: erstens wollte er aufzeigen, daß einige der prominentesten Theorien internationaler Politik grundlegende Defizite aufweisen, wenn man sie an gewissen theoretischen Ansprüchen, die er im wesentlichen aus der Tradition des logischen Positivismus ableitete, messen würde. Zweitens wollte er eine neue Theorie internationaler Politik entwickeln, die die Schwächen dieser Theorien aufhebt. Drittens wollte er illustrieren, wie man seine neue Theorie auf ausgewählte Probleme internationaler Politik anwenden kann.

Waltz's' entscheidender Kritikpunkt bestand in der Feststellung, daß die meisten verfügbaren Theorien der Aufgabe, internationale Politik zu erklären, deshalb nicht gerecht würden, weil sie *systemische* Phänomene (wie etwa das Gleichgewicht der Mächte) entweder reduktionistisch erklärten oder aber weil sie auf einem falschen Verständnis beruhten, was eine systemische Erklärung erfordert.³⁶ Theorien internationaler Politik wie beispielsweise die auf Hobson und Lenin zurückgehende Imperialismus-Theorie würden ihrem implizit systemischen Anspruch schon allein deshalb nicht gerecht werden können (und seien deshalb reduktionistisch), weil

³⁶Als *reduktionistisch* werden zumeist jene Theorien bezeichnet, die davon ausgehen, daß man ein Ganzes durch seine Teile erklären kann, d.h. wie diese Teile beschaffen sind und wie sie interagieren. *Systemische* Theorien zeichnen sich im Waltz'schen Verständnis demgegenüber dadurch aus, daß sie nicht nur den Teilen und ihren Interaktionen kausale Bedeutung beimessen, sondern auch (und, sofern sie sich als genuin systemische Theorien ausweisen

systemische Wirkungen (Imperialismus) ausschließlich auf Attribute der Teile (oder "Einheiten") des Systems (die kapitalistische Produktionsweise und die daraus resultierenden, häufig kriegerischen Interaktionen zwischen Staaten) zurückgeführt würden. Doch selbst solche Theorien oder "Ansätze", die für sich in Anspruch nähmen, systemisch zu sein, würden im Kern reduktionistisch argumentieren, weil sie nicht klar genug zwischen System auf der einen und (System-) Einheiten auf der anderen unterschieden und *systemische Ursachen* (im Unterschied zu *systemischen Wirkungen* auf der einen und zu den zumeist recht präzise benannten Ursachen und Wirkungen, die auf der Analyseebene der *Einheiten* lokalisiert wurden auf der anderen Seite), entweder diffus blieben oder überhaupt nicht thematisiert würden. Die systemische Ebene würde vielmehr "gänzlich als Produkt und überhaupt nicht als produktiv" angesehen (50).

Reformulierungsbedürftig erschienen Waltz die bislang verfügbaren und nur vermeintlich systemischen Theorien internationaler Politik also vor allem deshalb, weil sie dem Gegenstand selbst nicht angemessen waren. Wenn man *internationale Politik* (im Unterschied zu *Außenpolitik*) erklären wolle, reiche es nicht aus, sich auf die Akteure (Staaten, "Staatsmänner" etc.) und ihre Interaktionen (Diplomatie, Krieg etc.) zu konzentrieren. Vielmehr müsse man immer auch mitdenken, wie systemische Faktoren auf die Einheiten und ihre Interaktionen wirkten. Da der Gegenstand der internationalen Politik eine systemische Herangehensweise erfordere, Ursachen und Wirkungen aber sowohl auf der Ebene des Systems als auch auf der Ebene der Einheiten zu lokalisieren seien, bestünde eine der wichtigsten Aufgaben bei der Entwicklung einer *systemischen Theorie* internationaler Politik darin, klare begriffliche Unterscheidungen zu treffen und die entscheidenden kausalen Verbindungslinien aus einer systemischen Perspektive zu benennen.

Waltz's wichtigster Rekonstruktionsvorschlag bestand nun darin, die beiden Kernbestandteile eines Systems, seine Struktur und seine interagierenden Einheiten, in folgender Weise neu zu definieren und miteinander in Beziehung zu setzen. "Struktur" definierte er durch drei Merkmale: (1) ein Ordnungsprinzip (in der

wollten: vor allem) dem Ganzen selbst.

internationalen Politik ist dies das Prinzip der Anarchie), (2) bestimmte Charakteristika der Einheiten (die funktionale Gleichheit der Staaten) und (3) die Verteilung bestimmter Ressourcen unter diesen Einheiten (im internationalen System sind dies vor allem Machtressourcen). Da das internationale System wesentlich durch Staaten geprägt sei und diese als “autonome politische Einheiten” (95) funktional gleich seien, könne eine Veränderung des internationalen Systems durch die Einheiten selbst nicht bewirkt werden. Dies sei nur dadurch möglich, daß sich entweder das Organisationsprinzip verändere (also das Prinzip der Anarchie durch das Prinzip der Hierarchie ersetzt werde) oder daß sich die Verteilung der Machtressourcen verändere. Im ersten Fall würde es sich um eine Veränderung *des* Systems, im zweiten um eine Veränderung *innerhalb* des (anarchischen) Systems handeln.

Wenn man vor diesem Hintergrund eine systemische Theorie der internationalen Politik formulieren wolle, müsse man vor allem konkretisieren, welche systemischen Wirkungen zu erwarten seien. Der eine Aspekt betrifft dabei allgemeine Wirkungen, die sich aus dem Organisationsprinzip der Anarchie ergeben: als theoretische Annahme postulierte Waltz hier, daß Staaten innerhalb des anarchischen Selbsthilfesystems danach streben, ihr Überleben zu gewährleisten. Der zweite, stärker ausdifferenzierende Aspekt betrifft die Wirkungen, die sich aus der unterschiedlichen Verteilung von Machtressourcen ergeben. Diesem Aspekt widmete sich Waltz im Rest des Buches. Im Kern ging es ihm darum, eine systemische Theorie des Machtgleichgewichts zu formulieren und anhand von Beispielen ihre Erklärungskraft in unterschiedlichen Machtkonfigurationen zu illustrieren. Die zentrale Aussagen bestand darin, daß sich bei allen Veränderungen, die sich durch Machtverschiebungen im internationalen System ergeben, und unabhängig von den Intentionen der Staaten selbst, immer wieder neue Machtgleichgewichte herausbilden würden.

Moravcsik, A Liberal Theory of International Politics: Für die Strategie der Identifikation und Behebung eines Theoriedefekts ist an Waltz’s Arbeit

charakteristisch, daß er sich in weiten Bereichen auf ähnliche Annahmen stützt wie die von ihm kritisierten Autoren. Dies macht den wichtigsten Unterschied zur Strategie der Ideologiekritik aus, die wir im nächsten Abschnitt diskutieren werden. Waltzs Vorwurf an seine Gegner ist nicht, daß sie eine verwerfliche Theorie propagierten, sondern daß ihnen einige grundlegende Konstruktionsfehler in der Entwicklung ihrer Theorien unterlaufen seien.

In einem neueren Aufsatz von Andrew Moravcsik über eine liberale Theorie der internationalen Politik geht es ebenfalls um Theoriedefekte. Moravcsik macht seine Kritik aber nicht an der *fehlerhaften* Konstruktion einer liberalen Theorie fest, sondern daran, daß eine “positive”, “nicht-ideologische” und “nicht-utopische” liberale IB-Theorie bislang *überhaupt nicht systematisch entwickelt* worden sei. Zwar gäbe es zahlreiche Arbeiten von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die in einer liberalen Tradition verortet werden könnten, in der Summe hätten sich daraus aber entweder bloße Ansammlungen teilweise widersprüchlicher Beobachtungen oder eine “teleologische” Sicht der Welt ergeben (514). Den Einwand einiger liberaler Autoren, daß eine liberale Theorie im sozialwissenschaftlichen Sinne nicht möglich sei, weil es keinen “Kanon” zentraler Grundannahmen gäbe, will Moravcsik nicht gelten lassen. Richtig sei zwar, daß man innerhalb der liberalen Tradition gewisse “Varianten” liberalen Gedankenguts feststellen könne, dies schließe aber einen gemeinsamen Kern von zentralen theoretischen Annahmen nicht aus (515). Diese Kernannahmen aus der liberalen Tradition zu entwickeln, ist sein zentrales Anliegen.

Ausgehend von der grundlegenden Prämisse jeglicher liberaler Theorie, daß staatliches Verhalten wesentlich durch die Beziehungen zwischen Staaten und ihrem innerstaatlichen und transnationalen gesellschaftlichen Umfeld geprägt werde, entwickelt Moravcsik zuerst drei theoretische “Kernannahmen”. (1) Individuen und soziale Gruppen sind die wichtigsten Akteure der internationalen Politik; (2) Staaten (bzw. politische Institutionen im allgemeinen) stellen einen Teil der Gesellschaft insgesamt dar und sind daher auch lediglich ein Transmissionsriemen dominanter gesellschaftlicher Präferenzen; (3) die jeweilige Konfiguration interdependenter staatlicher Präferenzen prägt staatliches Verhalten. Zusammen, so Moravcsik, bilden

diese drei Annahmen insofern den Kern einer *systemischen* liberalen Theorie, als nicht nur grundsätzliche Aussagen über die Ziele der Akteure, sondern auch über die Symmetrie oder relative Intensität staatlicher Präferenzen im Kontext des internationalen Systems gemacht werden könnten. Für sich genommen seien diese Annahmen zwar “vergleichsweise dünn und inhaltsleer” (524). Wenn man sie aber im Hinblick auf bestimmte *Varianten* liberalen Denkens konkretisiere -- Moravcsik unterscheidet hier zwischen einem “ideellen”, einem “ökonomischen” und einem “republikanischen” Liberalismus --, ergäben sich unterschiedliche und vergleichsweise spezifische Aussagen über gesellschaftliche Forderungen und die Kausalmechanismen, wie diese in staatliche Präferenzen übersetzt werden. Beispiele solcher Konkretisierungen diskutiert Moravcsik in einem weiteren Abschnitt, bevor er abschließend nochmals auf die Frage eingeht, was mit der von ihm vorgeschlagenen Reformulierung gewonnen sei.

Dieser letzte Schritt in der Entfaltung seiner liberalen Theorie dient mehreren Zwecken. Zum einen will Moravcsik nochmals die Zweifel an der *Möglichkeit* einer “paradigmatischen Reformulierung” der liberalen Tradition entkräften, indem er Kriterien formuliert, denen eine gute Theorie genügen müsse. Zum anderen will er den Platz seiner liberalen Theorie innerhalb des Spektrum *systemischer Theorien* internationaler Politik genauer benennen und ihre Überlegenheit im Kontext möglicher theoretischer Synthesen mit dem Realismus oder Institutionalismus begründen. Damit eine paradigmatische Reformulierung für empirische wie auch theoretische Untersuchungen von Nutzen sei, müssten vier Kriterien erfüllt sein -- Kriterien, die seine Theorie alle erfülle: (1) sie müsse einfach sein und ein großes Spektrum spezifischer und bislang unverknüpfter Hypothesen über Phänomene aufwerfen, die von verfügbaren Theorien nicht erklärt werden können; auf seine liberale Theorie treffe dies nicht nur zu, weil sich die drei Varianten liberaler Theorie wechselseitig ergänzten und verstärkten, sondern auch weil sie unterschiedliches außenpolitisches Verhalten, Veränderungen im internationalen System als Ganzes und Spezifika der modernen internationalen Politik (wie Phänomene komplexer Interdependenz) erklären könne; (2) sie müsse die konzeptuellen Grenzen der eigenen

Theorie klar bestimmen, um im Einklang mit gängigen Praktiken sozialwissenschaftlicher Theoriebildung die Unterscheidung zu verwandten Theorien herauszuarbeiten; auch dieses Kriterium erfülle die liberale Theorie, weil sie sich deutlich von der verwandten institutionalistischen Regimetheorie unterscheidet, die (anders als der Liberalismus) mit dem Realismus u.a. von festen staatlichen Präferenzen und den Folgen der Anarchie ausgeht; (3) sie müsse Anomalien und methodische Schwächen in bislang verfügbaren Theorien bzw. empirischen Arbeiten aufzeigen und nachweisen, daß sich diese mit dem Liberalismus aufheben ließen; die liberale Theorie erfülle auch dieses Kriterium, da sie, wenn sie in einen fairen Test einbezogen werde, überzeugende alternative Erklärungen anzubieten habe (Moravcsik nennt hier die Arbeit von Grieco (1990) als ein Beispiel dafür, wie die Konzentration auf den Realismus und den neoliberalen Institutionalismus die viel naheliegendere liberale Hypothese ignoriert habe, daß das Scheitern der Kooperation durch mächtige innenpolitische Koalitionen innerhalb der EU erklärt werden könne); (4) sie müsse aufzeigen, wie eine "rigorose" (anstelle einer "zufälligen") Kombination mit anderen Theorien möglich ist, um "kohärente multikausale Erklärungen" (533) zu ermöglichen, wenn monokausale Theorien alleine nicht ausreichen; auch diesen letzten Test bestehe die liberale Theorie, weil ihr aufgrund der Bedeutung, die sie sowohl systemischen Zwängen wie auch staatlicher Präferenzbildung zuweise, analytische Priorität vor Realismus und Institutionalismus zukomme, die über keine ausgearbeitete Theorie der Präferenzbildung verfügten und daher mit theoretischen Annahmen oder ad hoc Erklärungen arbeiten müßten.

Während Waltz Versuche expliziter systemischer Theoriebildung als defizitär ausweist, geht es also Moravcsik primär darum, das Defizit des Nichtvorhandenseins expliziter Theoriebildung zu beheben. Bei allen sonstigen substantieller Differenzen folgen allerdings beide einer ähnlichen Strategie, die im wesentlichen aus vier Teilen besteht: sie entwickeln einen Maßstab, wie eine gute Theorie aussehen muß; sie zeigen auf, inwiefern bestehende Theorien (oder rudimentäre theoretische Intuitionen) Defizite aufweisen; sie (re-)konstruieren eine (alternative) Theorie, die diese Defizite überwindet; und sie illustrieren den Wert dieser Theorie, indem sie

anhand von Beispielen ihre Erklärungskraft nachweisen.

2.6. Theoriemißbrauch / Ideologiekritik

Die bislang diskutierten Strategien zeichnen sich vor allem dadurch aus, daß die Grundlagen wissenschaftlichen Arbeitens selbst kaum strittig sind oder zumindest nicht im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stehen. Eine letzte Strategie, die wir vorstellen wollen, definiert sich demgegenüber gerade dadurch, daß sie diese Grundlagen ins Zentrum der Untersuchung rückt. Dabei wird häufig anderen Wissenschaftlern vorgeworfen, daß sie Theoriemißbrauch betreiben, indem sie Theorien -- oder, in der Tradition marxistischer Philosophie formuliert: "Ideologien" im Sinne von "falschem Bewußtsein" -- propagieren, die nicht nur mit bestimmten Grundsätzen "guter Wissenschaft" nicht vereinbar seien, sondern auch realweltliche Zustände idealisieren oder konservieren wollten. "Ideologiekritik" in diesem Sinne verfolgt daher in erster Linie den Zweck, auf die *schädlichen Folgen* solcher Theorien aus einem normativen Blickwinkel hinzuweisen und die Vorteile eines Perspektivenwechsel zu skizzieren.

Die Entwicklung von nahezu allen Wissenschaften sind wesentlich durch Arbeiten geprägt worden, die gängige Forschungspraktiken und Theorien in diesem Sinne kritisiert haben. In der Geschichte der Internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert ließen sich zahlreiche Arbeiten benennen, die in diese Kategorie fallen. Wir wollen an dieser Stelle beispielhaft drei Arbeiten herausgreifen, die sowohl unter chronologischen wie auch systematischen Gesichtspunkten die Diskussion in ihrer Breite (wenn auch nicht in ihrer Tiefe) recht gut abbilden.

Carr, *The Twenty Years' Crisis*: Eine der prägenden "klassischen" Arbeiten in der Geschichte der Internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert ist Edward Carr's Buch "The Twenty Years' Crisis", neben Hans Morgenthau's "Politics among Nations" (Morgenthau 1948) das wichtigste Werk des modernen Realismus. Carr's

Vorwurf des Theoriemißbrauchs bezog sich in erster Linie auf den "leidenschaftlichen Wunsch" der ersten Generation von IB-Wissenschaftlern nach dem Ersten Weltkrieg (vgl. Abschnitt 2.1.), Krieg zu verhindern. Diese Generation habe -- wie nahezu alle Wissenschaften in ihrer frühen Entwicklungsphase -- den verständlichen und verzeihlichen, nichts desto trotz aber auch verheerenden Fehler begangen, sich von der "ausgeprägten und offen utopischen" Wunschvorstellung einer friedlichen Welt "überwältigen" zu lassen: der Wunsch nach einer Welt ohne Krieg wurde ihr zum Vater des Gedankens, "Verallgemeinerungen wurden genauer Beobachtung vorgezogen" und wenig wurde unternommen, "beobachtbare Tatsachen und verfügbare Mittel einer kritischen Analyse zu unterziehen" (Carr 1948(1939): 8). Eine Wissenschaft verdiene diesen Namen aber nur, wenn sie eine gewisse "Demut" an den Tag lege, sich selbst nicht für allmächtig ansehe und die Fähigkeit entwickle, "zwischen der Analyse dessen, was ist, und der Wunschvorstellung über das, was sein soll, zu unterscheiden" (Carr 1948(1939): 9). Erst wenn in der Folge des Einsturzes eines visionären Projekts "das Denken" -- jene "schwierige und rücksichtslose Analyse der Wirklichkeit" -- die Überhand über die "Wunschträume" gewinnt, entstehe Wissenschaft. Diese zweite Entwicklungsphase, die häufig "Realismus" genannt werde, sei angesichts ihres utopischen Referenzpunktes natürlich in Gefahr, gewisse "zynische Aspekte" aufzuweisen: Ereignisse und Entwicklungen würden als unabänderlich dargestellt und die "höchste Weisheit" würde darin gesehen, diese Tendenzen und Kräfte zu akzeptieren und sich ihnen anzupassen -- eine Haltung, die durchaus zur "Sterilisierung des Denkens und zur Negation des Handelns" führen könne. Realismus sei in solchen Phasen aber genauso ein "notwendiges Korrektiv utopischen Überschwanges" wie in anderen Phasen der Utopismus ("utopianism") erforderlich sei, um der Dürftigkeit und Unfruchtbarkeit ("barrenness") des Realismus zu widerstehen. Utopie und Realität seien insofern die beiden widersprüchlichen Seiten der Wissenschaft von der Politik (10).

Dieses widersprüchliche Spannungsverhältnis zwischen Utopie und Realität erscheint Carr als ein Grundzug der Beschäftigung mit politischen Problemen überhaupt. Er zeige sich in der voluntaristischen "Naivität" des Utopisten und der deterministischen

“Sterilität” des Realisten, im Dualismus zwischen (eher utopischer) Theorie und (eher realitätsbezogener) Praxis, in der Idealtypisierung des verallgemeinernden Intellektuellen und des “empirischen” Bürokraten, in der radikalen Linken und der konservativen Rechten, in der universalistischen “Welt der Werte” und der relativistischen “Welt der Natur” (11-21). Die zentrale Ursache der “internationalen Krise” seiner Zeit sah Carr vor allem darin, daß die Vertreter des utopischen Denkens, die er bis zur Aufklärung, dem “Königsweg zum Millennium” (23) zurückverfolgt, durch das ungekannte Ausmaß an Vernichtung im Ersten Weltkrieg Oberwasser gewonnen hätten. Liberale Ideen, die ihren Ausdruck im Vertrauen auf die (nationale und internationale) “öffentliche Meinung” und die “abstrakte Perfektion” des Völkerbundes (28) fanden, seien jedoch sehr schnell in einem “System” kollektiver Sicherheit ad absurdum geführt worden, das sich vor allem dadurch auszeichnete, daß in allgemeinen Lehrbuchweisheiten (“a perfect card-index”) der Schlüssel zur Lösung internationaler Konflikte liegen könnte (Carr 1948(1939): 29-31). Spätestens ab 1931, als der Völkerbund vor der japanischen Invasion in der Mandschurei kapitulieren mußte, habe sich die “Nemesis des Utopismus” abgezeichnet (36). Vertreter des Utopismus hätten dieses Scheitern vor allem durch die “Dummheit” einzelner Staatsmänner erklärt, die überzeugendere Erklärung sah Carr demgegenüber im “kompletten Bankrott” liberal-utopischer Ideologie, die aufgrund ihres “Primats der Ethik” (gegenüber dem realistischen “Primat der Politik”) und ihrer irregeleiteten Unterstellung einer natürlichen Harmonie der Interessen die Prinzipien, auf denen die internationale Politik tatsächlich beruhte, nie begriffen habe (39-40, 62).

Der Darlegung unterschiedlicher Ausformungen dieser liberalen Ideologie der Interessenharmonie und ihrer realistischen Kritik widmet Carr zwei lange, stark ideengeschichtlich angelegte Kapitel, die der Nachzeichnung der Entwicklungslinien und Begründungszusammenhänge beider Konzeptionen dienen. Die Suche nach möglichen Erklärungen für die Fehlentwicklungen utopistischen Denkens gipfeln in der Schlußfolgerung, daß die “Enthüllung der realen Basis” abstrakter internationalistischer Prinzipien das eigentliche Anliegen der realistischen Kritik liberaler Ideologie sei: nicht daß Menschen ihren eigenen Prinzipien

zuwiderhandelten, sei die realistische Kritik, sondern daß “diese vermeintlich absoluten und universalistischen Prinzipien eigentlich gar keine Prinzipien seien, sondern lediglich unbewußte Reflexionen nationaler Politik, die auf einer partikularen Interpretation des nationalen Interesses zu einer bestimmten Zeit” beruhten. Frieden oder internationale Kooperation mögen zwar als Zwecke eine gewisse allgemeine Berechtigung haben, sobald sie aber “in konkreten politischen Situationen” zur Anwendung kommen sollten, würden sie “als durchsichtige Maskerade egoistischer Interessen” enthüllt (87-88). Bei einer solchen Kritik liberaler Ideologie dürfe man es aber nicht belassen, da “purer Realismus” eigentlich ein Ding der Unmöglichkeit sei. Ohne ein übergreifendes politisches Ziel und ohne moralische Urteilskraft würde der Realismus zum “nackten Kampf um Macht” degenerieren (93). Daher müsse jegliches politisches Denken Elemente von beidem, Utopie *und* Realität, Moralität *und* Macht einschließen.

In drei Schritten hatte Carr also erstens einen Maßstab “guter Wissenschaft” formuliert, zweitens aufgezeigt, warum und inwieweit eine dominierende Denkweise innerhalb der IB diesen Maßstäben widerspricht sowie drittens durch die Konkretisierung eines idealistisch relativierten “puren” Realismus die Grundlage für die Rekonstruktion einer aus seiner Sicht angemessenen Theorie der internationalen Politik gelegt. Die anschließenden sieben Kapitel dienen der systematischeren Entfaltung dieser Theorie. Dabei geht es Carr vor allem darum, unter Bezug auf gängige liberale und realistische Argumentationsmuster die Bedeutung zentraler Kategorien -- wie Politik, Macht, Moral und internationales Recht -- zu erläutern, indem er irreführende Analogien -- wie etwa zwischen der “Moral” des Individuums und der “Moral” der Staaten oder zwischen Staatsrecht und Völkerrecht -- zurückweist und die internationale Politik als eine Sphäre mit eigenen Spielregeln und Entwicklungsmechanismen umschreibt. Seine Strategie besteht dabei weniger darin, den Realismus als die überzeugendere Alternative zum utopischen Liberalismus zu präsentieren. Vielmehr versucht er einen Mittelweg zu skizzieren, der weder den Illusionen liberaler Utopien noch der Perspektivlosigkeit realistischen Machtmanagements verfällt. Abgeschlossen wird das Buch mit einer Einschätzung der

Aussichten für eine “neue internationale Ordnung”, die auf “Macht *und* Moralität” gegründet ist. Ob der Nationalstaat als effektive Handlungseinheit überdauern könne, erschien ihm dabei durchaus zweifelhaft. Kurz- und mittelfristig sah er (im Jahr 1939) die besten “praktischen” Entwicklungschancen darin, daß unter einer “toleranten” Führung Amerikas vor allem die Aufgabe eines wirtschaftlichen Wiederaufbaus angegangen würde.

(Cox, *Social Forces* folgt)

Campbell, *Writing Security*: Ideologiekritik kann, wie die Beispiele von Carr und Cox gezeigt haben, unterschiedliche Formen annehmen. Was Carr und Cox bei allen Unterschieden eint, ist, daß sie klare Unterscheidungskriterien besitzen, zwischen dem, was gute und was verwerfliche Theorien auszeichnen. Eines dieser (eher impliziten) Kriterien besteht darin, daß sie ihre alternative Theorie mit einem Wahrheitsanspruch verknüpfen: im Falle von Carr verbindet sich dieser Anspruch mit “der” Wissenschaft als solcher, im Falle von Cox mit dem moralischen Anspruch auf Emanzipation. Postmoderne Theorien³⁷ stellen solche Wahrheitsansprüche unter anderem deshalb grundsätzlich in Frage, weil sie den Zusammenhang zwischen Welt und Denken anders konzipieren als alle bisher diskutierten Arbeiten. Da Sprache eine menschliche Erfindung (und insofern kontingent) ist und da uns die Welt, so unabhängig sie von unserer Wahrnehmung auch existieren mag, nur sprachlich zugänglich ist, sei es unmöglich, so diese Position, transhistorische Wahrheiten in der Form von Allsätzen zu bilden, wie dies die meisten zuvor genannten Autoren reklamieren. Theorie und Praxis lassen sich aus diesem Blickwinkel daher auch nicht in jener Weise trennen, wie dies aufgrund eines positivistischen Verständnisses postuliert werde. Die Rolle der Wissenschaftlerin wird vielmehr als *zugleich* “*entrückt*”

³⁷Zur Schwierigkeit, einen gemeinsamen Nenner postmoderner Theorie zu bestimmen, vgl. etwa Albert 1994: 46, Brown 1994: 56-57, J. George 1994: 29-34, Smith 1996: 29-31. Trotz der Einschränkungen, die diese Autoren vornehmen, fehlt es nicht an Versuchen, diesen gemeinsamen Nenner zu beschreiben; vgl. hierzu vor allem Albert 1994, Brown 1994 sowie

und engagiert beschrieben. Ihre Aufgabe bestehe darin, “die Arbeit der Dissidentin” zu verrichten (Ashley 1989: 281-282, 313).

Wie eine solche “dissidente” Analyse aussehen könnte, hat David Campbell am Beispiel der Analyse amerikanischer Außenpolitik vorgeführt. Im Unterschied zu gängigen Vorstellungen von Außenpolitik als der Politik eines Staates gegenüber anderen Staaten, beschreibt Campbell Außenpolitik im wesentlichen als ein “staatliches Projekt” zur Produktion von “Sicherheit” -- und d.h. vor allem: als ein Instrument zur (Re-) Produktion des Staates selbst und seiner Identität. Da der Staat *als* Staat in dem Moment seine Daseinsberechtigung verlieren würde, in dem das Ziel (“Sicherheit”) erreicht wäre, ist er ständig darauf angewiesen, durch Außenpolitik Gefahren zu beschwören (12). In Anlehnung an Michel Foucault setzt sich Campbell damit ganz bewußt von traditionellen Herangehensweisen an Außenpolitik in den Internationalen Beziehungen ab, wie sie zumindest implizit etwa bei Carr finden. Kennzeichen dieser traditionellen Sicht sei, daß sie einem “epistemischen Realismus” verhaftet sind, der sich in zweierlei Formen äußere: a) einer “narrativisierenden Historiographie”, derzufolge den jeweiligen Untersuchungsgegenständen eine selbst-evidente Qualität innewohne und man sie insofern für sich selbst sprechen lassen könne (also etwa Carrs Aussage, daß gute Wissenschaft bemüht ist, die Dinge zu “sehen wie sie sind”); und b) der “Logik der Erklärung”, deren Ziel darin bestehe, diese selbst-evidenten Gegenstände und ihre materialen Ursachen zu identifizieren, damit die Handelnden sich den Notwendigkeiten anpassen können, die sie implizieren (4).

Im Gegensatz dazu betont Campbell für seinen postmodernen (oder wie er auch sagt: “interpretativen”) Zugang, daß es nichts außerhalb des “Diskurses” gibt. Eine Unterscheidung zwischen diskursiv und nicht-diskursiv (im Sinne einer Relation zwischen Sprache und externer Welt) sei sinnlos (5-6). Daher erscheint es ihm (im Gegensatz zur “narrativisierenden Historiographie”) zum einen unumgänglich, einen Modus historischer Repräsentation anzuwenden, der selbstbewußt eine Perspektive einnimmt ohne damit Wahrheitsansprüche zu verknüpfen; zum anderen erscheint es ihm notwendig, anstelle der “Logik der Erklärung” der “Logik der Interpretation” zu

Ashley 1996: 245-246.

folgen, die der Unwahrscheinlichkeit, die "wahren Ursachen" bestimmter Phänomene ausfindig machen zu können, dadurch Rechnung trägt, daß sie die politischen Konsequenzen unterschiedlicher Modi der Representation in den Mittelpunkt rückt. Campbell entscheidet sich, in seinen Worten, für eine *bestimmte* "Form der Abweichung" gegenüber traditioneller IB-Forschung: eine Abweichung, "die die Differenz sowie die Partikularität und Kontextabhängigkeit sämtlicher Urteile und Einschätzungen feiert; (...) die gegenüber den Traditionen der Internationalen Beziehungen und ihren Wirklichkeitskonzepten skeptisch, aber nicht zynisch ist; (...) die gerade die Art und Weise wie unsere Probleme gestellt werden, in Frage stellt (4-5).

Konzeptuell äußert sich Campbells "Abweichung" (oder Kritik) insbesondere in einer Problematisierung gängiger Ebenen-Unterscheidungen zwischen (internationalem) System und (staatlichem) Subsystem, wie wir sie bei Realisten *und* Liberalisten kennen gelernt haben. Dem stellt Campbell eine andere Perspektive auf die Entstehung und Genese des modernen Staatensystems gegenüber. Der "westfälische Moment" (47), der durch die Begriffe "Souveränität" und "terroriale Integrität" gekennzeichnet sei, stelle insofern die Geburtsstunde der Disziplin Internationale Beziehungen dar, als erst mit dieser Interpretation Außenpolitik gedacht werden konnte als "externer Einsatz instrumenteller Vernunft für die Zwecke einer unproblematischen internen Identität, die in einem anarchischen Reich der Notwendigkeit lokalisiert war" (43). Dieser Interpretation setzt Campbell eine alternative entgegen, der zufolge der moderne Staat eine identitätsstiftende Funktion habe wie die Kirche im Mittelalter. So wie diese durch ihr "Evangelium der Furcht" (54) disziplinieren wollte, so seien die Sicherheitsbedrohungen des Staates zur "Gottheit der modernen Staatenwelt" avanciert (55). Außenpolitik drehe sich so verstanden nicht mehr um die *grenzüberschreitenden* Beziehungen *zwischen* Staaten, sondern vielmehr um die *grenzziehenden* Praktiken *von* Staaten, die dadurch bestimmte Ereignisse oder Akteure zu "auswärtigen" machen. Diese identitätsstiftenden Praktiken richten sich allerdings nicht (oder zumindest nicht zuerst) in einem territorialen Sinne "nach außen". "Außenpolitik" in einem sehr grundsätzlichen Sinne bezieht sich vielmehr zuerst auf

jene sozialen Praktiken der Differenzierung und "Exklusion", die ihre Objekte im Prozeß des Handelns als "fremd" ("foreign") konstituieren. Dies ist für Campbell die grundlegendste Form von Außenpolitik ("foreign policy" kleingeschrieben!). Erst auf der Grundlage der dadurch bereitgestellten "Interpretationsmatrizen" operiert "Foreign Policy" (großgeschrieben!): sie dient "der *Reproduktion* von Identität, die durch 'foreign policy' möglich gemacht wurde, und zur *Eindämmung* der Herausforderungen, die daraus resultieren" (76, Hervorhebung im Original).

Im Mittelpunkt der Campbell'schen Kritik -- der Dekonstruktion gängiger Konzepte und Unterscheidungen und der Skizzierung einer nicht nur "alternativen", sondern bewußt "dissidenten" Perspektive -- steht also nicht nur ein falsches Verständnis des Zusammenhangs zwischen Staat und Außenpolitik, sondern auch (ähnlich wie bei Cox) unreflektierte und nicht hinreichend distanzierte Forschungspraktiken in den IB, die zu einem integralen Bestandteil der Reproduktion des Systems selbst geworden sind. Wie die identitätsstiftenden Mechanismen von "foreign policy / Foreign Policy" in der Praxis funktionieren, illustriert Campbell in den nachfolgenden Kapiteln am Beispiel wichtiger Wegmarken in der Entstehungsgeschichte der Vereinigten Staaten und anhand einer Neubeschreibung des Kalten Krieges in seiner identitätserhaltenden Funktion in einer Zeit *innergesellschaftlicher* Krisen. Diese beiden historischen Beispiele werden schließlich ergänzt durch zwei Fallstudien zu neueren "Diskursen der Bedrohung" nach dem Ende des Kalten Krieges: dem sogenannten "war on drugs" und der "ökonomischen Bedrohung durch Japan". Dabei geht es ihm noch stärker als in den beiden ersten Beispielen darum zu zeigen, wie sich teilweise mit denselben "Daten" neue Beschreibungen bestimmter Probleme entwickeln lassen, die auf die von Campbell kritisierte Stilisierung identitätsgefährdender Bedrohungen verzichten. Auch wenn es, wie die meisten Kapitel nahelegen, für Campbell einen *konstitutiven* Zusammenhang zwischen der Reproduktion der Staaten (-welt) und den Bedrohungsdiskursen in Form von Außenpolitik (groß- und kleingeschrieben) zu geben scheint, sieht er durchaus die Möglichkeit, den *ausgrenzenden* Charakter von Außenpolitik zu überwinden. Dafür sei es zum einen notwendig anzuerkennen, daß wir uns angesichts einer inhärent pluralen und kontingenten Welt immer schon in

“gefährlichen Beziehungen” vorfinden. Zum anderen gehe es darum, in unserer “verkümmerten politischen Vorstellungskraft” wieder Raum zu schaffen für den Gedanken, daß sich “das Politische” nicht unter der Kategorie des Staates subsumieren lasse (252-253). Insofern meint Campbell auch die Frage danach, ob es eine Alternative zur immer wiederkehrenden Reproduktion souveräner Staaten geben könne, mit einem “eindeutigen ‘Ja’” (256) beantworten zu können.

Mit Cox teilt Campbell also das emanzipatorische Anliegen von Wissenschaft. Im Unterschied zu Cox hält er es allerdings aufgrund seiner postmodernen Sicht für irreführend, die “wahren Ursachen” bestimmter Phänomene ausfindig machen zu wollen. Vielmehr geht es ihm darum, unterschiedliche Modi der Representation von Wirklichkeit in den Mittelpunkt zu rücken und durch die Benennung möglicher politischer Konsequenzen dieser unterschiedlichen Repräsentationsweisen Raum für emanzipatorisches Handeln zu schaffen. “Gute Wissenschaft” zeigt sich also darin, daß sie Differenz und Dissidenz “feiert” und statt einer Fixierung auf Wahrscheinlichkeiten (oder gar Notwendigkeiten) durch einen Perspektivenwechsel Möglichkeitshorizonte aufzeigt.

3. Zusammenfassung: Entscheidungsmöglichkeiten und Entscheidungsnotwendigkeiten im Prozeß der Problemformulierung und Problemlösung

Probleme sind das Lebenselement der Wissenschaft und ihre Lösung ist ein wichtiger Teil der Existenzberechtigung von Wissenschaft. Die vorangehende Diskussion prominenter Beispiele der Problemfindung und Problemlösung aus dem Bereich der Internationalen Beziehungen hat gezeigt, daß Probleme sowohl auf ganz unterschiedliche Weise ge- oder erfunden wie auch gelöst werden können. Welche Schritte dabei zu beachten sind und in welcher Weise Problemformulierung und Problemlösung bestimmten Voraussetzungen unterliegen und einander bedingen, wollen wir abschließend nochmals zusammenfassend diskutieren.

Sich Klarheit über die konkrete Formulierung eines Problems zu verschaffen, ist der

wichtigste erste Schritt in der Entwicklung einer wissenschaftlichen Fragestellung. Mit der *Formulierung* eines Problems ist allerdings noch keine Entscheidung über die Form seiner *Bearbeitung* getroffen. Wer etwa meint, ein neues Phänomen entdeckt zu haben (vgl. 2.2.), kann sich darauf konzentrieren, dieses Phänomen zu beschreiben, seine Ursachen zu erklären, seine Bedeutung zu bewerten oder allgemeinere theoretische Aussagen zu formulieren. Nicht alle diese Aufgaben müssen in ein und demselben Projekt bearbeitet werden, aber mindestens eine muß angegangen werden, um den Geltungsanspruch zu begründen, daß hier in der Tat ein neues Phänomen vorliegt. Zudem ergibt sich zumeist bereits aus der Formulierung des Problems eine naheliegende *Abfolge von Schritten zur Problemlösung*, wenn man mehrere Aufgaben angehen will. Solange beispielsweise nicht klar ist, worin genau das Neue des beobachteten Phänomens besteht, macht es kaum Sinn, sich über die Ursachen Gedanken zu machen, die dieses neue Phänomen hervorgebracht haben, oder unter normativen Gesichtspunkten eine Bewertung dieses Phänomens vorzunehmen. Die Beschreibung wird daher zur *Voraussetzung* weiterer Bearbeitungsschritte. In ähnlicher Weise gilt beispielsweise auch für das Rätsel (vgl. 2.3), daß zumeist mehrere Möglichkeiten vorhanden sind, zu einer Lösung zu gelangen. In manchen Situationen kann es völlig ausreichend sein, auf eine Theorie zu verweisen, die das Rätsel löst. In anderen Fällen kann es aber auch sein, daß mehrere Theorien dazu in der Lage wären und wir nicht nur wissen wollen, ob eine rätselhafte Beobachtung aus dem Blickwinkel einer Theorie mit den Erwartungen einer anderen Theorie vereinbar sind, sondern daß wir darüber hinaus auch wissen wollen, welche der konkurrierenden Kausalmechanismen uns überzeugender zu sein scheint. Aus der Formulierung des Problems ergibt sich daher noch nicht zwingend, wie wir verfahren müssen. Vielmehr hängt das weitere Vorgehen davon ab, zu welchen Einschätzungen wir hinsichtlich der Anwendbarkeit alternativer Theorien kommen. Eine Kombination mit Elementen der Entscheidung einer Theorienkonkurrenz könnte daher ebenfalls sinnvoll sein.

Aus der Formulierung eines Problems folgen daher noch keine *zwingenden* Anweisungen, wie es zu bearbeiten ist. Allerdings ist die Wahl der *naheliegenden* Bearbeitungsstrategien und der möglichen Schritte in der Abfolge der

Problembearbeitung eingegrenzt. Genauso gilt umgekehrt, daß manche Problemformulierungen die Anwendung bestimmter Problemlösungsstrategien eher *ausschließen*. Wer bestimmte Ereignisse in der Welt skandalisiert (vgl. 2.1.), wird seine primäre Aufgabe nicht darin sehen, dieses Ereignis zu erklären, indem er etwa die Strategie der Rätsellösung wählt. Da ihm das skandalisierte Ereignis vor allem verwerflich (und nicht so sehr erklärungsbedürftig) erscheint, wird es ihm vielmehr darum gehen, aufgrund verfügbarer oder neu entwickelter Theorien konkrete Lösungsvorschläge zu unterbreiten, wie der Skandal beseitigt werden kann. In ähnlicher Weise wird derjenige, der auf einen Theoriemißbrauch (vgl. 2.6) aufmerksam machen will, zur Lösung des Problems kaum auf die Strategie der Theorienkonkurrenz zurückgreifen, da diese bei konkurrierenden Theorien zumindest implizit einen in gleicher Weise gültigen Erklärungsanspruch unterstellt, während die Ideologiekritik eine normativ begründete Unterlegenheit der kritisierten Theorie im Vergleich zur präferierten Theoriealternative postuliert.

Die Möglichkeiten der Kombination unterschiedlicher Strategien sind daher vielfältig, aber nicht grenzenlos. Wie ein Problem formuliert wird, hat immer gewisse *Folgen* für seine Bearbeitung. Dies ist ein wichtiger Aspekt, der zu berücksichtigen ist. Ein weiterer Aspekt besteht darin, daß bei der Formulierung eines Problems immer bestimmte *Voraussetzungen* gemacht werden, die häufig nicht explizit thematisiert werden. Dazu zählen insbesondere Weltbilder, wissenschafts- und erkenntnistheoretische Vorverständnisse, Theorie- und Methodenpräferenzen sowie Wahrnehmungen politischer Entwicklungen.

Unter einem Weltbild verstehen wir hier -- in Anlehnung an Ludwig Wittgenstein -- ein Gebäude oder System von Überzeugungen, das wir nicht *wählen* (weil wir uns etwa von seiner Richtigkeit überzeugt haben), sondern das wir aufgrund unserer Sozialisation immer schon *haben*. Es ist "der überkommene Hintergrund", vor dem dem wir zwischen wahr und falsch unterscheiden (Wittgenstein 1997b: §94). Damit soll nicht behauptet werden, daß diese Weltbilder unveränderlich sind und wir somit hier ein Fundament hätten, das ausschließlich Quelle und niemals Produkt von *Entscheidungen* sein kann. Veränderungen sind möglich, aber sie kommen deshalb

selten vor, weil unser Weltbild als ein *System* von Überzeugungen nur schwer zu erschüttern ist. Es müssten mehrere tragende Elemente dieses Systems zugleich erschüttert werden, damit das Gebäude als Ganzes zum Einsturz käme. Dies kommt aber deshalb selten vor, weil die Pfeiler des Gebäudes sich in gewisser Weise auch gegenseitig stützen. Aus diesem Grund spricht Wittgenstein davon, daß eine Veränderung des Weltbildes Bekehrungscharakter (und in diesem Sinne mehr mit “überreden” als “überzeugen” zu tun) hat (vgl. Wittgenstein 1997b: §§ 92, 248, 612).

Weltbilder sind insofern komplexe, immer “überkommene” und höchst individuelle Referenzsysteme menschlichen Handelns. In einer wissenschaftlichen Tätigkeit (d.h. bei der Formulierung und Lösung von Problemen) müssen sie aber insofern konkretisiert werden, als (explizit oder auch implizit) Entscheidungen über angemessene Sicht- und Verfahrensweisen von Wissenschaft getroffen werden. Damit hängen jene Fragen zusammen, die wir eingangs unter dem Stichwort “Wissen” kurz angesprochen haben: was Wissen ist, wie Wissen möglich ist und wie wir Wissen bilden können bzw. sollen, sind Fragen, mit denen sich die Wissenschafts- und Erkenntnistheorie beschäftigt. Antworten auf diese Frage sind *geprägt* durch unser jeweiliges Weltbild (u.a. bestimmte Vorstellungen davon, wie unser Denken mit der Welt zusammenhängt, wie Politik funktioniert oder funktionieren soll, oder was Menschen antreibt) und sie *prägen* ihrerseits die Formulierung von Problemen, indem sie Unterscheidungen, Kriterien und Regeln liefern, wie “gute” Wissenschaft Wissen schafft. Diese betreffen u.a. Anforderungen an bestimmte Darstellungs- oder Begründungsweisen, um die Geltung einer wissenschaftlichen Aussage sicherzustellen; Vorstellungen über die Beziehung zwischen einzelnen Ereignissen und bestimmten Mustern; Aussagen über den Abstraktionsgrad oder die Reichweite einer Theorie usw.. Wie wir uns jeweils zu solchen Unterscheidungen, Kriterien und Regeln verhalten, ist entscheidend für die Frage, was wir für *problematisierungsfähig* und *-bedürftig* erachten. Dies zeigt sich in der vorangehenden Diskussion prominenter IB-Beispiele etwa am Kontrast zwischen jenen, die sich mit Rätseln (2.3.) oder Theorienkonkurrenz (2.4) beschäftigen (und sich damit zumeist zum --> Positivismus bzw. einem kausalanalytischen Theorieverständnis bekennen), und etwa Campbell oder Cox (2.6.),

die ein --> post-positivistisches Wissenschaftsverständnis vertreten.

Die Formulierung von Problemen ist des weiteren stark geprägt durch bestimmte Vorstellungen, welche Theorien wir zu einem bestimmten Zeitpunkt für besonders gelungen oder erklärungskräftig erachten. Erkenntnistheoretische Unterschiede können dabei eine Rolle spielen, sie müssen es aber nicht. Bei allen grundlegenden Unterschieden, die sich etwa zwischen dem Realismus von Waltz und dem Liberalismus von Moravcsik beobachten lassen (2.5.), teilen beide doch eine ähnliche *wissenschaftstheoretische* Position. Wichtiger erscheint hier eher die Tatsache, daß solche Theorien aufgrund ihrer vergleichsweise allgemein gehaltenen Aussagen und ihres umfassenden Geltungsanspruchs häufig Merkmale aufweisen, die zumindest einen mittelbaren Zusammenhang mit bestimmten Weltbildern vermuten lassen. Wenn solche allgemeinere Theorien (oder "Großtheorien"³⁸) -- oder auch spezifischere Theorien wie die Theorie des demokratischen Friedens -- eine hervorgehobene Stellung in der Diskussion einer Disziplin erlangen, dann können auch sie eine prägende Bedeutung für die Formulierung von Problemen erlangen, sei es, daß sich Wissenschaftler von ihnen absetzen oder daß sie sie erhärten oder verbessern wollen. Die letzten vier Abschnitte geben zahlreiche Beispiele dafür, wie stark diese Tendenz in den IB ausgeprägt ist.

Auch unterschiedliche Verständnisse davon, mit Hilfe welcher Methoden wir (eher) Wissen erlangen können, prägen die Formulierung von Problemen. So kann man beispielsweise den Realismus für eine überzeugende Großtheorie halten und trotzdem ganz unterschiedlicher Auffassung sein, mit Hilfe welcher Methoden man seine Erklärungskraft unter Beweis stellen kann.³⁹ Wissenschaftler, die (dem naturwissenschaftlichen Wissenschaftsverständnis folgend) quantitative Methoden für angemessener halten, um Wissen zu erlangen, werden daher bei der Formulierung von Problemen viel stärker auf die Quantifizierbarkeit möglicher Untersuchungsvariablen achten als Wissenschaftler, die qualitative Methoden für überlegen ansehen. Die

³⁸Meyers 1990: 58.

³⁹Vgl. hierzu die Diskussion zur realistischen Kritik an der Theorie des demokratischen Friedens (2.3.) anhand der methodologisch sehr unterschiedlichen Arbeiten von Faber/Gowa 1995 und Layne 1994.

Debatte über die Theorie des demokratischen Friedens (2.2.) ist unter anderem auch ein Beispiel dafür, wie die Präferenz bestimmter Methoden zu einem Gegenstand der Auseinandersetzung auch hinsichtlich der Akzeptanz gewisser Geltungsansprüche werden kann.

Ein letzter Faktor, der bei der Formulierung von Problemen eine wichtige Rolle spielt, hängt mit dem Gegenstand selbst zusammen. Politische Präferenzen oder dominante Wahrnehmungsmuster über Entwicklungstendenzen in den internationalen Beziehungen sind für die Entwicklung der IB als Wissenschaftsdiziplin seit jeher prägend gewesen. Die Abscheu vor Krieg und die Schwierigkeit, einen Konsens zumindest über wesentliche Ursachen zu erreichen (2.1.); die Hoffnung, eine friedlichere Welt zu schaffen und das Versprechen, das der Faktor Demokratie zu enthalten schien (2.3.); die Chancen und Risiken, die mit neuen Entwicklungen wie der "Globalisierung" einherzugehen schienen, und die Schwierigkeit, Interventionspunkte zu benennen, an denen Akteure steuernd eingreifen können (2.2.) -- all dies sind typische Beispiele dafür, daß die IB immer die Rückkoppelung an zentrale politische Problemstellungen gesucht haben, um (nicht zuletzt) auch ihre Existenz als wissenschaftliche Teildisziplin zu rechtfertigen. Das politische Anliegen kann dabei sehr unterschiedlich sein, angetrieben von dem Bedürfnis, zu einer konkreten Politikempfehlung zu gelangen (vgl. Walt, 2.3.) oder eher allgemein eine Handlungsperspektive aufzuzeigen, die, entgegen gängigen Einschätzungen, Erfolg verspricht (vgl. Lumsdaine, 2.3.). Richtig ist sicherlich auch, daß ein Bezug auf realweltliche Entwicklungen keine notwendige Voraussetzung für die Formulierung wichtiger wissenschaftlicher Probleme ist. Gänzlich ohne einen solchen Bezug hätte die Disziplin allerdings kaum Überlebenschancen.

Dieses Kapitel hat gezeigt, daß die *Entscheidungsmöglichkeiten* und die *Entscheidungsnotwendigkeiten*, die der Formulierung von Problemen *vorausgehen* und (im Hinblick auf ihre Lösung) *folgen*, vielfältig sind. Mit jeder Entscheidung werden gewisse Optionen verschlossen, bestimmte Folgeschritte nahegelegt und Wahlmöglichkeiten für nachfolgende Entscheidungen eingeschränkt. Selten ist es aber so, daß eine *bestimmte* Theorieentscheidung eine andere *notwendigerweise* nach sich

zieht. Die Kombinationsmöglichkeiten, die wir in diesem Kapitel aufgezeigt haben, stellen daher nur einen kleinen Teil der denkbaren Kombinationsmöglichkeiten dar. Mehr war als Einstieg in ein *Lehrbuch* über die *internationalen Beziehungen* aber nicht zu leisten. In den nachfolgenden Kapiteln werden wir uns systematischer mit der Kombinierbarkeit und Nicht-Kombinierbarkeit einzelner Aspekte beschäftigen.

Literatur (unvollständig)

Anders, Günther 1980(5): *Die Antiquiertheit des Menschen. Erster Band: Über die Seele im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution*, München C.H. Beck.

Angell, Norman 1913(1910): *The Great Illusion. A Study of the Relation of Military Power to National Advantage*, London: William Heinemann.

Baldwin, David A. (Ed.) 1993a: *Neorealism and Neoliberalism. The Contemporary Debate*, New York: Columbia University Press.

Baldwin, David A. 1993b: *Neoliberalism, Neorealism, and World Politics*, in: Baldwin 1993a, 3-25.

Beisheim, Marianne u.a. 1998: *Im Zeitalter der Globalisierung? Thesen und Daten zur gesellschaftlichen und politischen Denationalisierung*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Betts, Richard K. 1987: *Nuclear Blackmail and Nuclear Balance*, Washington D.C.: The Brookings Institution.

Broodie, Bernard u.a. 1946: *The Absolute Weapon*, New York: Hartcourt, Brace.

Clausewitz, Carl von 1980: *Vom Kriege* (hrsg. und eingeleitet von Werner Hahlweg), Bonn.

Cox, Robert W. 1981: *Social Forces, States and World Orders: Beyond International Relations Theory*, in: *Millenium*, Vol. 10, No. 2: 126-155.

Daase 1999. *Spontaneous Institutions*, in: *Imperfect Unions.....*

Dancy, Jonathan 1995: *Problems of Epistemology*, in: Ted Honderich (ed.): *The Oxford Companion to Philosophy*, Oxford: Oxford University Press, 245-248.

Davidson, Donald 1986: *Wahrheit und Interpretation*, Frankfurt: Suhrkamp Verlag.

Davidson, Donald 1990(1987): A Coherence Theory of Truth and Knowledge (with "Afterthoughts, 1987"), in: Malachowski, Alan (ed.) 1990: Reading Rorty. Critical Responses to 'Philosophy and the Mirror of Nature' (and Beyond), Oxford: Basil Blackwell, 120-138.

Diemer, Alwin / Seiffert, Helmut 1989: Wissenschaft, in: ders. / Gerard Radnitzky (Hrsg.) Handlexikon zur Wissenschaftstheorie, München: Ehrenwirth Verlag, 391-199.

Follesdal, Dagfinn/Walloe, Lars/Elster, Jon 1988: Rationale Argumentation. Ein Grundkurs in Argumentations- und Wissenschaftstheorie, Berlin/New York: Walter de Gruyter.

Freedman, Lawrence 1989(2): The Evolution of Nuclear Strategy, New York: St Martin's Press.

Galtung, Johan 1975: Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung, Reinbek.

George, Alexander L. 1991: Avoiding War. Problems of Crisis Management, Boulder, Col.: Westview Press.

Gochman, Charles S. / Maoz Zeev 1984: Militarized Interstate Disputes, in: Journal of Conflict Resolution, Vol. 28, No. 4 (December), 585-615.

Grieco, Joseph M. 1993: Understanding the Problem of International Cooperation: The Limits of Neoliberal Institutionalism and the Future of Realist Theory, in: Baldwin 1993a, 301-338.

Grieco, Joseph M. 1990: Cooperation among Nations. Europe, America, and Non-Tariff Barriers to Trade, Ithaca: Cornell University Press 1990.

Habermas, Jürgen 1994(1977): Umgangssprache, Bildungssprache, Wissenschaftssprache, in: ders.: Die Moderne - ein unvollendetes Projekt. Philosophisch-politische Aufsätze, Leipzig: Reclam Verlag, 9-31.

Hacking, Ian 1996(1983): Einführung in die Philosophie der Naturwissenschaften, Stuttgart: Philipp Reclam Jun..

Hollis, Martin / Smith, Steve 1990: Explaining and Understanding International Relations. Oxford: Clarendon Press.

Howard, Michael 1983: The Causes of Wars, in: ders., The Causes of Wars and other Essays, Cambridge: Harvard University Press.

Huxley, T.H. 1971(1854): On the Educational Value of the Natural History Sciences, in: T.H. Huxley on Education, Cambridge: Cambridge University Press.

Jaspers, Karl 1958: Die Atombombe und die Zukunft des Menschen. Politisches Bewusstsein in unserer Zeit, München: R. Piper & Co. Verlag.

Jervis, Robert 1989: The Meaning of the Nuclear Revolution, Ithaca: Cornell University Press.

Keohane, Robert O. Alliances, Threats, and the Uses of Neorealism, in: International Security, Vol. 13, No. 1 (Summer 1988), 169-176.

Keohane, Robert O. 1993: Institutional Theory and the Realist Challenge after the Cold War, in: Baldwin 1993a, 269-300.

Knutsen 1992: History of Theory of Int. Relations....

Kupchan, Charles A. / Kupchan, Clifford A. 1991: Concerts, Collective Security, and the Future of Europe, in: International Security, Vol. 16, No. 1 (Summer): 114-161.

Lake, David 1991: Rezension zu Grieco 1990, in: Journal of Public Policy, Vol. 11, No. 2, 241-243.

Laudan, Larry 1990: Science and Relativism. Some Key Controversies in the Philosophy of Science, Chicago: The University of Chicago Press.

Layne, Christopher 1994: Kant or Cant. The Myth of the Democratic Peace, in: International Security, Vol. 19, No. 2 (Fall), 5-49.

Lumsdaine, David Halloran 1993: Moral Vision in International Politics. The Foreign Aid Regime, 1949-1989, Princeton: Princeton University Press.

Milner, Helen 1992: International Theories of Cooperation among Nations. Strengths and Weaknesses, in: World Politics Vol. 44, 466-496.

Müller, John 1989: Retreat from Doomsday. The Obsolescence of Major War, New York: Basic Books.

Musgrave, Alan 1989: Wissen, in: Gerhard Radnitzky / Helmut Seiffert, Handlexikon zur Wissenschaftstheorie, München: Ehrenwirth Verlag, 399-405.

Nye, Joseph Jr. 1986: Nuclear Ethics, New York: The Free Press.

Osgood, Charles E. 1962: An Alternative to War or Surrender: Urbana, Ill.: University of Illinois Press.

Osgood, Charles E. 1980: The GRIT Strategy, in: Bulletin of the Atomic Scientists, May: 58-60.

- Osgood, Robert E. 1957: *Limited War. The Challenge to American Strategy*, Chicago: Chicago University Press.
- Osiander, Andreas 1998: *Rereading Early Twentieth-Century IR Theory: Idealism Revisited*, in: *International Studies Quarterly*, Vol. 42, No. 3 (September): 409-432.
- Radnitzky, Gerhard 1989: *Wissenschaftlichkeit*, in: ders./Helmut Seiffert, *Handlexikon zur Wissenschaftstheorie*, München: Ehrenwirth Verlag, 399-405.
- Rorty, Richard 1993(1988): *Ist Naturwissenschaft eine natürliche Art*, in: ders., *Eine Zentrum ohne Kultur. Vier philosophische Essays*, Stuttgart: Philipp Reclam jun., 13-47.
- Rorty, Richard 1988(1986): *Solidarität oder Objektivität*, in: ders., *Solidarität oder Objektivität. Drei philosophische Essays*, Stuttgart: Reclam, 11-37.
- Rorty, Richard 1982: *Method, Social Science and Social Hope*, in: ders. *Consequences of Pragmatism (Essays 1972-1980)*, Minneapolis: University of Minnesota Press, 191-210.
- Salmon, Wesley C. 1983(1973): *Logik*, Stuttgart: Philipp Reclam jun..
- Senghaas, Dieter 1972: *Abschreckung und Frieden. Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit*, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuchverlag.
- Schelling, Thomas C. 1960: *The Strategy of Conflict*, Cambridge, Mass. and London: Harvard University Press.
- Schelling, Thomas C. 1966: *Arms and Influence*, New Haven and London: Yale University Press.
- Schmid, Brian 1998: *Lessons from the Past: Reassessing the Interwar Disciplinary History of International Relations*, in: *ISQ* 42(3): 433-459.
- Snyder/Diesing *Conflict among Nations*, 1977
- Schulte, Joachim 1997: *Wittgenstein. Eine Einführung*, Stuttgart: Philipp Reclam jun..
- Walt, Stephen M. 1987: *The Origins of Alliances*, Ithaca, N.Y.: Cornell University Press.
- Weber, Max 1973: *"Der Sinn der 'Wertfreiheit' der Sozialwissenschaften"*, in: ders., *Soziologie, Universalgeschichtliche Analysen, Politik* (5. Auflage, mit einer Einleitung von Eduard Baumgarten, hrsg. und erläutert von Johannes Winkelmann) Stuttgart: Alfred Kröner Verlag.
- Weizsäcker, Carl Friedrich von 1979: *Wege in die Gefahr. Eine Studie über Wirtschaft*,

Gesellschaft und Kriegsverhütung, München dtv.

Wilson, Woodrow 1918: President Woodrow Wilson's Fourteen Points (U.S. Congress, Joint Session, 8. Januar 1918), zit. nach "The World War I Document Archive", <http://www.lib.byu.edu/~rdh/wwi/1918/14points.html>.

Wittgenstein, Ludwig 1997a: Philosophische Untersuchungen, in: ders., Werkausgabe Band 1, Frankfurt: Suhrkamp, 225-580.

Wittgenstein, Ludwig 1997b: Über Gewißheit, in: ders., Werkausgabe Band 8, Frankfurt: Suhrkamp, 113-257.